

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Trabantschrift
Tageblatt Rieser
Fremd Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1550.
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 15.

Wittwoch, 18. Januar 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Interaktionsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten und der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Werthestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Eine neue Rede des Reichswirtschaftsministers.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die wirtschaftspolitische Aussprache mit einer neuen großen Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Brüning fort, der auf die Ausführungen der Debattenredner eingieng.

Der Minister bestritt den loslichen Verlauf der Aussprache, die auch für ihn außerordentlich nützlich gewesen sei. Das schwierigste Problem sei die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und unserer eigenen Wirtschaftslage. Man müsse sich davon hüten, die Wirtschaftslage aus einer Reihe oder Haufe-Stimmungen zu beurteilen. Deshalb habe er sich auch darauf beschränkt, die Vergleichszahlen von jetzt und vom vorigen Sommer darzustellen, da es einen anderen objektiven Maßstab nicht gebe.

Der Minister nahm dann Stellung gegen einige Reserven über den Umfang der Maßnahmen beim Reichswirtschaftsminister und schloß die Rede mit dem Hinweis, daß er selbst teilgenommen habe. Es habe eine Aussprache über die Löhne und Löhne des Handwerks stattgefunden und auf Grund dieser Aussprache sollten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden. Der Reichspräsident habe bei dieser Besprechung einleitend und am Schluß ausdrücklich betont, daß er seiner einzelnen Gruppe dienlich sein wolle und könne, sondern daß er nur für das Ganze da sei. Der Minister erklärte, er habe sich verpflichtet, diese Wahrnehmung mitzuteilen, weil damit die Voraussetzungen, die sonst an den Empfang geknüpft werden könnten, etwas anders ausfallen könnten.

Der Minister ging dann auf die Grundfrage unserer Wirtschaftspolitik ein und erklärte, er sei nicht bereit, über die inneren Probleme der Agrarpolitik zu sprechen. Auch in der Wirtschaftspolitik in ihrer jetzigen Lage sei es eine Frage, die so sehr unversetzbar ist, daß sie die großen Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik noch auf lange Zeit bestimmen werden. Die Grundfragen unserer heutigen Wirtschaftspolitik sind schon zur Zeit Bismarcks gestellt worden. Vor mehr als 50 Jahren haben wir uns entschieden, daß wir den Bevölkerungsüberschuß, den wir nicht für das eigene Land arbeiten lassen können, im Ausland behalten wollen, daß er aber im Ausland Arbeit schaffen soll für das Ausland, die wir dem Ausland übergeben. Infolge dieser Entscheidung ist ein hartes Anwachsen der deutschen Bevölkerung möglich geworden. Mehr als ein Sechstel der deutschen Bevölkerung hat von diesem Heranwachsen der Arbeit aus dem Ausland gelebt. Ueber diese Grundfrage kommen wir nicht hinweg, wenn nicht die Frage beantwortet werden kann, ob es für diesen Teil der Bevölkerung möglich wäre, dieselben Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland als Ersatz für die Beschäftigung aus dem Ausland zu schaffen.

Nur wenn diese Fragen positiv beantwortet werden könnten, wäre eine Umwälzung von der seit 50 Jahren betriebenen Politik zu erwägen. Ich muß diese Frage absolut verneinen. Dann bleibt aber zweifellos nichts anderes übrig, als die Politik fortzusetzen, daß man versucht vom Ausland Aufträge zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland zu ergänzen. Wenn das feststeht, müssen daraus alle Konsequenzen gezogen werden. Soweit sie auf handelspolitischem Gebiet liegen, sollen sie am Freitag im Auswärtigen Amt näher erörtert werden. Diesen unabweisbaren Tatsachen, die für die Aufrechterhaltung der Verflechtung mit der Welt sprechen, wird entgegengehalten, daß die Möglichkeiten, im Ausland neue Arbeit zu schaffen, außerordentlich groß seien. Obwohl die Rentabilität der Landwirtschaft außerordentlich zu wünschen übrig läßt, ist die Menge der Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar liegt sie heute durchschnittlich 25 Prozent höher als 1924.

Wir nähern uns daher dem wichtigsten Gebiet der Selbstversorgung. Diese Erzeugungssteigerung ist zu bejahen, solange das die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft erhöhen würde. Das ist eine Entwicklung, die in der ganzen Welt gleich ist. Die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft für Arbeitslose ist daher außerordentlich groß. Wir haben nicht einen Mangel an Kulturland in Deutschland, sondern werden sehr bald sogar einen relativen Ueberschuß an Kulturland haben, was zur Konsequenz hat, daß die unergiebigsten Böden in neue Kulturformen übergeführt werden müssen. Diese Entwicklung führt weiter dazu, daß man sich genau überlegen muß, ob man neues Kulturland machen kann. Man wird dafür Kosten aufzuwenden haben, die möglicherweise den künftigen Nutzungswert übersteigen.

Wir stehen also hier auch noch vor gewissen Strukturveränderungen, und es wird nicht möglich sein, in der Landwirtschaft ungeheuer viel Menschen unterzubringen, auch dann nicht, wenn wir die Großbetriebe in steigendem Maße in kleinere und kleinere Betriebe umwandeln. Infolgedessen bleibt nichts anderes, als die Arbeitslosen außerhalb des Agrarsektors zu beschäftigen, und welche Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es da noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft zurückziehen? Diese Frage muß von denjenigen beantwortet werden, die behaupten, es sei möglich, dieses Problem zu lösen.

Wir sind in Deutschland bald in der Lage, uns mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst zu versorgen. Wir sind aber nicht in der Lage, in Deutschland die Rohstoffe zu schaffen, auf die unsere Wirtschaft angewiesen ist. Dafür

brauchen wir Beträge in Höhe von mehreren Milliarden. Diese können wir nur bezahlen, wenn wir entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt verkaufen. Der Umstand allein, daß wir Rohstoffe brauchen, zwingt uns, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Daraus kommt die Tatsache, daß wir zwar in der Reparationsfrage günstige Ergebnisse erreichen konnten, daß wir aber trotzdem noch eine außerordentliche Summe an Privatschulden an das Ausland haben. Wie man sich auch zu diesem Problem stellen mag, eins ist klar, daß man niemals von diesen Schulden vollkommen frei wird, und daß man sie nicht anders bezahlen kann, als durch zusätzliche Ausfuhr. Wenn diese Grundeinstellung richtig ist, müssen wir auch die Konsequenzen daraus ziehen, und unbeschadet des Schutzes unserer eigenen Nahrungsmittelproduktion, den ich an die erste Stelle setze, den Warenverkehr mit dem Ausland als notwendige Ergänzung unserer inneren wirtschaftlichen Situation ansehen. Ich glaube auch, daß dieser Warenverkehr notwendig ist, gerade für den Agrarsektor unserer Wirtschaft. Wenn man einmal den hypothetischen Fall einer rechtlosen Abzerrung vom Weltmarkt und der vollkommenen Deckung des Nahrungsmittelbedarfs im Inlande fest, dann wird die Preisbildung für die landwirtschaftlichen Produkte entscheidend von der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung abhängen.

Daraus folgt eine absolute Interessensolidarität zwischen den Produzenten und den Konsumenten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Also gerade die Landwirtschaft hätte das höchste Interesse an der Aufrechterhaltung eines genügenden Exports, damit eine möglichst hohe Lohnsumme eine möglichst hohe Kaufkraft im Inlande erzeugt. Die Schrumpfung des Exports hat zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit um 2 1/2 Millionen Arbeitnehmer geführt, was wiederum zu einer Schrumpfung der Kaufkraft geführt hat, die sich ungefähr in der Größenordnung von jährlich über 500 Mark pro Kopf dieser Arbeitslosen bewegt. Die Exportsumme von 6 Milliarden stellt eine Lohnsumme von 4,2 Milliarden dar. Diese werden zu 600 Prozent für Nahrungsmittel und zu 40 Prozent zur Deckung des übrigen Bedarfs ausgegeben. An dem Export der deutschen Industrie ist also zu 60 Prozent der agrarische Sektor interessiert und zu 40 Prozent die übrigen Sektoren. Die Schrumpfung der Zahl der Arbeitnehmer liegt nicht im Export, sondern in der Innenwirtschaft. Schon seit den vier Jahren hat sich eine vollständige Strukturveränderung in der Zusammensetzung unseres Exports vollzogen. Die Verbrauchsgüter weisen eine Abnahme, die Produktionsgüter dagegen eine Zunahme auf. Wenn auch andere Staaten immer mehr dazu übergehen, sich eigene Industrien aufzubauen, so benötigen sie dazu deutsche Erzeugnisse, und außerdem für lange Jahre Ersatzteile für die deutschen Maschinen usw. Jedenfalls wird auf diese Weise das Volumen des deutschen Exports noch lange Jahre in der gleichen Höhe wie bisher zu halten sein. Doch ist eine entsprechende Einstellung der Industrie notwendig.

Was dann die Frage des Bankensystems anlangt, so bekommt der Bankensystem seine Richtlinien von einem Bankensystem, das sich zusammensetzt aus dem Reichsbankpräsidenten, den Staatssekretären des Reichsbankpräsidenten und Reichsfinanzministeriums und dem Reichsbankpräsidenten. (Zuruf des Abg. Dr. Schreiber: Halten Sie den Einfluß des Reiches für ausreichend?) Ja, wenn irgendwelche Zweifel im Bankensystem über eine Frage bestehen, dann sind diese verpflichtet, diese Zweifelsfrage dem Reichskabinett zur Entscheidung vorzulegen. Die Tätigkeit des Bankensystems hat im wesentlichen darin bestanden, die Debitoren herabzusetzen und die Spanne zwischen Haben und Debitoren zu vermindern.

Die Bankenfinanzierung hat zu einer gewissen Verunsicherung geführt, aber zu einer endgültigen Vereinigung des ganzen Bankensystems kann man nur kommen, wenn man den Deflationsprozeß einmal beendet hat und dann auch der notwendigen Sanierung eine genügende Liquidität in der gesamten Wirtschaft herbeiführt hat. Aus der Periode der Deflation sind wir heraus. Es fehlt aber noch die Liquidität. Ich erkenne grundsätzlich die hohe Bedeutung des Regionalbankensystems an. Man muß aber damit warten, bis die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind. Am Augenblick läßt sich das Problem nicht lösen, da neue Mittel in Höhe von 300 bis 500 Millionen Mark notwendig wären. Selbstverständlich müssen schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um später zu einer Lösung zu kommen.

Der neue Vollstreckungsdienst bedeutet nicht eine räumliche Erweiterung, sondern nur eine zeitliche Verlängerung der bestehenden Möglichkeiten. Auf die Sicherungsverfahren hat er überhaupt keinen Einfluß. Insofern ist es nicht richtig, wenn man sagt, daß dieser Vollstreckungsdienst die Abwicklung der Sicherungsverfahren und damit die Berechtigung von Siedlungsland beeinträchtigt.

Zum Schluß äußert sich der Minister über die Auslandsverschuldung. Zur Frage einer neuen Schuldenaufnahme könne man im Augenblick endgültig nichts sagen, weil es praktisch völlig unmöglich sei, neue Auslandschulden aufzunehmen, solange wir die alten Auslandschulden nicht konsolidiert haben und auf dem Devisenmarkt größere Freiheit haben. In der Entwicklung im Jahre 1933 könne man nur betonen, daß man Kapitalbeträge, wie es 1932 in gewissem Umfang noch geschehen sei, nicht transferieren könne. Es läge nur die Transferierung von Zinsen und Amortisationsbeträgen in Frage und diese müsse man selbstverständlich auch gegenüber 1932 zu verkleinern.

Der Minister erklärt abschließend, er sei dankbar für die Aussprache, weil er davon ausgehe, daß die Selbstkritik nicht weitgehend ausgedehnt werden könne und daß die Jagd nach dem eigenen Irrtumern das Wertvollste sei, was man als Mensch tun könne.

„Hände weg von Hindenburg!“

Eine Veröffentlichung der „Arenzzeitung“ gegen Angriffe auf den Reichspräsidenten.

Berlin. Die dem Stahlhelm nahestehende „Arenzzeitung“ veröffentlicht eine Stellungnahme zu neuen Angriffen des Generals Gimmann auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und erklärt u. a. in Bezug auf die Rolle Hindenburgs im Nov. 1918: „Der Herr Reichspräsident hat in seiner bekannten großartigen Art von vornherein volle Klarheit über die Ereignisse der kritischen Novembertage 1918 geschaffen. Er hat am 27. Juli 1919 in der „Arenzzeitung“ eine Darstellung veröffentlicht, für deren Inhalt er gemeinsam mit Generaloberst von Pflessen, Staatssekretär a. D. Gunge, General Frhr. v. Marschall und General Graf Schanburg die Bürgschaft übernommen hat. Diese Darstellung der unmittelbaren Beteiligten ist die echte Geschichtsaufzeichnung für jene Ereignisse und als solche im nationalen Lager unangefochten. Die Rolle des jetzigen Präsidenten ist darin in einer Weise klar gestellt, die auch nicht den geringsten Zweifel an seinem bis ins letzte getreuen Verhalten gegenüber seinen obersten Kriegsherrn aufkommen läßt. Dementierend sind auch die Beziehungen des Generalfeldmarschalls zu den übrigen Führern der alten Armee stets ungetrübt geblieben und das gilt auch für die Person des Generals Gimmann. Es ist nicht richtig,

wenn Gimmann sagt, daß er sich seit jenem Winter Anfang 1918 von dem Generalfeldmarschall abgesondert habe. Dagegen spricht die Tatsache, daß er noch jahrelang in einem kameradschaftlich herzlichem Briefwechsel mit ihm gestanden hat. Diese Beziehungen haben erst ein Ende erreicht, als General Gimmann es für richtig hielt, sich parteipolitisch zu betätigen.“

Die Veröffentlichung der „Arenzzeitung“ bringt sodann eine authentische Darstellung der Ereignisse des November 1918 und stellt zum Schluß fest, daß der Reichspräsident sich niemals von den vaterländisch denkenden Deutschen abgesondert und den „Roten und Schwarzen ergeben“ habe. „Der Herr Reichspräsident“, so heißt es in der Veröffentlichung weiter, „hat sich nie einer Partei ergeben, sondern stets die Linie eingehalten, die ihm sein Gewissen zum Wohle des deutschen Volkes vorschrieb. Von dieser politischen Haltung abgesehen muß aber die Persönlichkeit des Feldmarschalls und Reichspräsidenten für alle guten Deutschen unantastbar über allen persönlichen Angriffen stehen, denn er ist gerade in den Stunden schwerer Entscheidungen das Vorbild eines charaktervollen und verantwortlichen handelnden deutschen Mannes gewesen.“

Eine Entschließung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

Berlin. (Funkpruch.) Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) e. V. hat folgende Entschließung gefaßt: „Bei der Kritik presepolitischer Maßnahmen einzelner Regierungsstellen ist in letzter Zeit vielfach eine Frage erörtert worden, zu der sich die deutschen Zeitungsverleger berufener Weise zu äußern haben. Nach den Grundföhen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber

der deutschen Tageszeitungen) e. V. ist es unvereinbar mit Pflichtauffassung und der Verantwortung des Verlegers, unmittelbar oder auf Umwegen Subventionen jenseitiger Art insbesondere öffentliche Mittel zu parteipolitischen oder überhaupt innerpolitischen Zwecken anzunehmen. Die Verwendung derartiger Mittel zu solchen Zwecken ist zu verwerfen. Durch Verkäufe gegen diese Grundföhen werden außerdem falsche Meinungen über Möglichkeiten des Gewinnmaximalismus erzeugt und böswillige Verärgelungen gefördert, die das Ansehen der unabhängigen deutschen Presse ebenso schädigen, wie die Staatsautorität.“

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Wahl der unbeforderten Ratsmitglieder und der Mitglieder in die kündigungsauslösenden Ausschüsse.

Antrag auf Vorlegung eines Nachweises über die Finanzlage der Stadt.

In der gestern von 18.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen 2. Sitzung der neuen Stadtverordneten hatte sich das Kollegium u. a. mit einer Reihe von Wahlen zu beschäftigen, aber auch einige andere wichtige und dringende Beratungen standen zur Tagesordnung, wie aus dem folgenden Sitzungsbericht zu ersehen ist. Das Kollegium war wiederum vollständig anwesend. Am Ratstische hatten die Herren Oberbürgermeister Dr. Scheider und Stadtrat Schumann Platz genommen. Der Zuschauerraum war auch gestern voll besetzt. Während der ersten Hälfte der Sitzung ging es im Saale friedlich zu; insbesondere das Wahlgeschäft wurde glatt und ohne Zwischenfälle erledigt. Die weiteren Beratungsgeschäfte allerdings liefen zuweilen sehr heftig die Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken erkennen; es kam sogar ab und zu zu heftigen Vorwürfen und zu berechtigten erregten Zwischenrufen, wenn von Seiten der äußersten Linken provozierende und aufreizende Äußerungen fielen. Auch im Zuschauerraum glaubte man „mitreden“ zu dürfen, so daß sich der Vorsteher gezwungen sah, auf die Folgen der Störungen hinzuweisen und vor Wiederholungen zu warnen. Die Sitzung währte volle 3 Stunden. Auch gestern wurde die Debatte zuweilen über Gebühr ausgedehnt, wobei wiederum der Kampf um die Bestandsanfragen der beiden linken Parteien stark in Erscheinung trat. Natürlich fehlte es dabei auch nicht an Anwürfen gegen die gegenüberliegende Seite, aber auch nicht an entsprechenden Zurückweisungen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Herr Stadtv.-Vorst. Riß dem am 22. Dezember 1932 verstorbenen Herrn Abteilungsleiter Otto Schinkel, welcher dem Stadtverordnetenkollegium als Vorkämpfer der bürgerlichen Fraktion fast 10 Jahre hindurch angehört hat, einen ehrenden Nachruf. Er kennzeichnete den Verstorbenen als einen ausgezeichneten Kommunalpolitiker, der infolge seines offenen, aufrichtigen Wesens auch von seinen politischen Gegnern geachtet und geschätzt worden sei. Das Kollegium und die Ratsmitglieder hatten sich zum Zeichen ehrenden Gedenkens von den Sitzen erhoben.

Demnach wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

Prüfung der Gültigkeit der Wahl der Stadtverordneten.

Herr Stadtv.-Vorst. Riß gab bekannt, daß Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl der Stadtverordneten nicht erhoben worden seien und schlug dem Kollegium vor, das bekanntgegebene Ergebnis der Wahl richtigzusprechen. Mit der Richtigprechung erklärte sich das Kollegium einstimmig einverstanden.

Wahl der unbeforderten Ratsmitglieder.

Nachdem Herr Stadtv.-Vorst. Riß die gesetzlichen Bestimmungen hierzu bekanntgegeben hatte, nach denen für die Wahl der unbeforderten Ratsmitglieder das Verhältniswahlsystem maßgebend ist, erfolgte die Vornahme der Wahl mittels Stimmzettel. Von sämtlichen vier Fraktionen waren Vorschläge eingereicht worden; eine Listenverbindung war nicht angelegt. Es waren 31 Stimmzettel abgegeben, wovon auf die Vorschlagsliste der SPD-Fraktion 11 Stimmen, auf die Vorschlagsliste der Bürgerlichen 7, auf die Vorschlagsliste der NSDAP 7 und auf die kommunistische Vorschlagsliste 6 Stimmen entfielen. Es waren insgesamt sieben unbeforderte Ratsmitglieder zu wählen. Somit entfallen auf die Vorschlagsliste der SPD-Fraktion 3 Sitze, auf die Vorschlagsliste der Bürgerlichen, der NSDAP, der KPD, je ein Sitz. Ueber den 7. Sitz mußte zwischen dem bürgerlichen und nat.-soz. Vertreter das Los entschieden, das zugunsten des bürgerlichen Vertreters gezogen wurde. Als unbeforderte Ratsmitglieder wurden folgende Herren gewählt:

- Maschinenmeister Fiedler (SPD.)
- Hilfsarbeiter Schumann (SPD.)
- Lehrer Günther (SPD.)
- Oberingenieur Matthäus (Bürgerl.)
- Oberpostsekretär Weckrodt (Bürgerl.)
- Stadtrat a. D. Dr. Schroeter (NSDAP.)
- Bauarbeiter Deckhener (KPD.)

Anschließend dankte Herr Stadtv.-Vorst. Riß namens des Kollegiums den aus dem bisherigen Ratskollegium ausscheidenden Herren Führer (SPD.), Röhrhorn (Bürgerl.) und Walter (KPD.) für ihre Tätigkeit im bisherigen Ratskollegium und beglückwünschte sodann die neu einzutretenden Stadträte.

Wahl der Stellvertreter des Oberbürgermeisters.

Als erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters fungiert bestmöglicherweise Herr Bürgermeister Hans Feigert durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl des 2. Stellvertreters wurde Herr Stadtrat Fiedler (SPD.) mit 11 Stimmen gewählt. Auf die Herren Matthäus (Bürgerl.) und Dr. Schroeter (NSDAP.) entfielen je 7, auf Herrn Deckhener (KPD.) 6 Stimmen. Bei der folgenden Stichwahl entschied das Los zugunsten des Herrn Dr. Schroeter als 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters.

Wahl der Mitglieder in die gemischten kündigungsauslösenden Ausschüsse.

Auch hierzu waren von sämtlichen Fraktionen schriftliche Vorschläge eingegangen. Da nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen die Zahl der Verteilung der Sitze bereits vor der Wahl gegeben war, wurde das Wahlgeschäft vereinfacht. Bei der Besetzung der einzelnen Ausschüsse, wo es sich um 7 bzw. 9 Stadtverordnete handelt, entschied zwischen den Vertretern der Bürgerlichen und der NSDAP, das Los, während die übrige Besetzung nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen vorgenommen wurde. Es wurden der Reihenfolge nach folgende Mitglieder des Kollegiums gewählt:

- Finanz-Ausschuss:** Greger (SPD.), Riß, Turra, Brandenburg (SPD.), Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Dr. Lehner, Dr. Frieße (NSDAP.);
- Personalanalysen-Ausschuss:** Schaub, Jshunke, Döhne (SPD.), Greger (SPD.), Adler (Bürgerl.), Dr. Frieße, Stabenau (NSDAP.);
- Beschaffungs- und Rechts-Ausschuss:** Hübner (KPD.), Riß, Fieber, Jshunke (SPD.), Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Dr. Lehner, Dr. Frieße (NSDAP.);
- Grundstücks- und Bau-Ausschuss:** Benedix, Kohnsdorf (KPD.), Fieber, Schaub, Turra (SPD.), Adler, Bley (Bürgerl.), Lohse, Petri (NSDAP.);
- Steuern-Ausschuss:** Greger (KPD.), Döhne, Brandenburg, Mosebach (SPD.), Möbius, Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Dr. Frieße (NSDAP.);
- Betriebs-Ausschuss:** Reinboth (KPD.), Riß, Döhne, Jshunke (SPD.), Dr. Rühlmeister, Bley (Bürgerl.), Stabenau (NSDAP.);
- Mittler-Ausschuss:** Reinboth (KPD.), Schaub, Döhne, Jshunke (SPD.), Möbius, Rühlmeister (Bürgerl.), Grohmann (NSDAP.);

Schlachthof-Ausschuss: Reinboth (KPD.), Mosebach, Begler, Reichmann (SPD.), Schäfer (Bürgerl.), Grohmann, Roham (NSDAP.);

Bermaltungsrat der Sparkasse und Verwaltungsrat der Girokasse: Greger, Hübner (KPD.), Riß, Begler (SPD.), Möbius, Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Dr. Lehner, Dr. Frieße (NSDAP.);

Feuerwehrausschuss: Kohnsdorf (KPD.), Reichmann, Döhne, Brandenburg (SPD.), Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Lohse, Stabenau (NSDAP.);

Krankenhauseinschuss: Hübner (KPD.), Turra, Begler, Frau Weisberg (SPD.), Schäfer, Bley (Bürgerl.), Dr. Lehner (NSDAP.);

Ausschuss für Selbstversicherungen: Begler (SPD.), Möbius (Bürgerl.), Grohmann (NSDAP.);

Schulbezirksvorstand: Hübner (KPD.), Mosebach, Reichmann, Brandenburg (SPD.), Dr. Rühlmeister, Rammthilch (Bürgerl.), Stabenau (NSDAP.);

Schulausschuss: Hübner (KPD.), Mosebach, Reichmann, Brandenburg (SPD.), Dr. Rühlmeister, Rammthilch (Bürgerl.), Stabenau (NSDAP.). — Als Elternvertreter wurden gewählt auf Vorschlag der SPD.: Stadtv. Fieber, Frau Dager, Georg Wäcker; ferner auf Vorschlag der betreffenden Fraktionen: Kaufmann Johannes Frieße (Bürgerl.), Lehrer Kirchhölzl (NSDAP.) und Arbeiter Rohlfame (KPD.);

Oberrealschulausschuss: Hübner (KPD.), Mosebach, Brandenburg, Reichmann (SPD.), Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Dr. Frieße, Roham (NSDAP.). — Elternvertreter und Stellvertreter für diese Lehrer Dager (Bürgerl.), Dr. Schütte (NSDAP.), Oscar Hirsch (Bürgerl.), Stadtv. Begler (SPD.) Stellvertreter;

Wohlfahrtsvereins-Ausschuss: Mosebach (SPD.), Möbius (Bürgerl.), Roham (NSDAP.);

Wohnungsvereins-Ausschuss: Benedix (KPD.), Frau Weisberg, Fieber (SPD.), Adler (Bürgerl.), Lohse (NSDAP.);

Wohnungsausschuss: Benedix (KPD.), Fieber, Frau Weisberg (SPD.), Adler (Bürgerl.), Grohmann (NSDAP.);

Ausschuss für gärtnerische Anlagen: Kohnsdorf (KPD.), Frau Weisberg, Fieber (SPD.), Adler (Bürgerl.), Petri (NSDAP.);

Bestattungsausschuss: Frau Weisberg (SPD.), Rammthilch (Bürgerl.), Grohmann (NSDAP.);

Rechnungs-Ausschuss: Riß (SPD.), Adler (Bürgerl.);

Wohlfahrtsvereins-Ausschuss: Frau Walter (KPD.), Frau Weisberg, Schaub (SPD.), Rammthilch (Bürgerl.), Petri (NSDAP.);

Frühjahrs-Ausschuss: Frau Walter (KPD.), Frau Weisberg, Fieber (SPD.), Bley (Bürgerl.), Petri (NSDAP.);

Ausschuss für Jugendwohlfahrt (Jugendamt): Frau Walter (KPD.), Fieber, Frau Weisberg (SPD.), Rammthilch (Bürgerl.), Petri (NSDAP.);

Ausschuss für Gesundheitspflege: Frau Walter (KPD.), Frau Weisberg, Brandenburg (SPD.), Schäfer (Bürgerl.), Petri (NSDAP.);

Ausschuss für Kriegerversorgung: Frau Walter (KPD.), Frau Weisberg, Schaub (SPD.), Möbius (Bürgerl.), Stabenau (NSDAP.);

Einspruchs-Ausschuss: Döhne (SPD.), Adler (Bürgerl.);

Ausschuss für die Auslösung der Inhaberpapier-Anleihe von 1500 000 Mark: Reichmann (SPD.), Dr. Rühlmeister (Bürgerl.), Dr. Lehner (NSDAP.);

Ausschuss für die Behandlung von Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung der Kündlungsordnung für die städtischen Arbeiter im Einzelstufen ergeben: Brandenburg (SPD.), Grohmann (NSDAP.);

Ausschuss des Gemeindeverbandes für den Gebirgsbezirk: Frau Weisberg (SPD.), Bley (Bürgerl.), Stabenau (NSDAP.);

Ausschuss für Verwaltungsreform: Riß (SPD.), Dr. Lehner (NSDAP.);

Wasseramt: Riß (SPD.), Schäfer (Bürgerl.), Lohse (NSDAP.).

Wahl der Mitglieder für die Entschuldigungskommission.

Hierzu wurden folgende Herren gewählt: Auf Vorschlag der SPD. die Herren Stadtv. Schaub, Maurer Paperviermann, Emil Urbach, auf Vorschlag der Bürgerlichen die Herren Kommerzienrat Schönherz, auf Vorschlag der NSDAP. Direktor Jünger und auf Vorschlag der KPD. Stadtv. Hübner.

Wahl der Abgeordneten in den Kreis-Ausschuss.

Die Kreis-Ausschusskommission Dresden-Vauken hat angeordnet, daß die bezirksfreien Gemeinden, zu denen auch die Stadt Riesa gehört, Wahlvorschläge einzureichen haben. Die Wahl muß zwischen dem 1. Februar und dem 1. März 1933 durchgeführt werden. Es wurde beschlossen, die Wahl der Abgeordneten in der ersten Stadtverordnetenversammlung des Februar vorzunehmen.

Bestimmung der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und der Hilfsbedürftigen, denen das Wohlstandsamt für die Ausschüsse des Wohlfahrts- und Jugendamtes zuzugehen soll.

Diese Vorlage hat bereits das seitigerige Stadtverordnetenkollegium beschäftigt. In der gestrigen Sitzung trat Herr Stadtv. Schaub (Soz.) abermals die sonderliche Meinung, daß den im Sachlichen Militärvereinsbund (Kassierbund) zusammengefaßten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nicht das Recht zustehe, Vorschläge für die Ausschüsse des Wohlfahrts- und Jugendamtes einzureichen, und zwar deshalb nicht, weil die hiesige Ortsgruppe der Aufforderung des Wohlfahrtsamtes, eine Liste der der Ortsgruppe zugehörigen einzureichen, nicht nachgekommen sei, weshalb an der für längerfristigen Tätigkeit der genannten Organisation geübt werden müsse. — Diese von dem Vorredner geäußerten Vorwürfe wies Herr Stadtv. Adler (Bürgerl.) scharf zurück. Die bürgerliche Fraktion werde sich weiter bemühen, von der Oberbehörde einen Entscheid über die Rechtmäßigkeit der vom Wohlfahrtsamt geforderten Einreichung der Mitgliederlisten zu erhalten. Es laufe übrigens zur Zeit noch eine Beschwerde ein. — Auch Herr Stadtv. Bley (Bürgerl.) kritisierte die Stellungnahme der Linken, wodurch nicht der Wahlspruch: „Recht für Recht“ zum Ausdruck gebracht werde. — Gegen 14 Stimmen der beiden rechten Fraktionen wurde der sozialdemokratische Antrag, der Ortsgruppe Riesa der Ab- und Ab- im Sachl. Militärvereinsbund (Kassierbund) das Vorschlagsrecht nicht zuzubilligen, angenommen. Ueber diesen Beschluß wird das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Man kann nur hoffen und wünschen, daß auch den vom Sachl. Militärvereinsbund betrauten Kriegsopfern das ihnen zustehende Recht zugestanden werden wird.

Entschuldigungen wegen Aufnahme eines Darlehens von 25 000 RM zum Zwecke der Finanzierung des Riesa-Pentemüher Dammbauprojektes.

Zu dieser Angelegenheit berichtete Herr Stadtv. Jshunke (SPD.). Es handelt sich hierbei um eine durch

Vermittlung der Landwirtschaftskammer zu gewährende Anleihe, welche der Stadt zu günstigen Bedingungen angeboten worden ist und wozu die Kreis-Ausschusskommission bereits ihre Genehmigung zugesagt hat. Namens der SPD-Fraktion erklärte Herr Jshunke, daß diese ihre Zustimmung zu der Vorlage abgeben werde, jedoch nur unter der Bedingung, daß für das Projekt als Träger der Arbeit und des Dienstes die Stadt in Frage komme. — Namens der kommunistischen Fraktion forderte Herr Stadtv. Adler, daß die Durchführung der in Frage kommenden Arbeiten zu tarifmäßigen Löhnen erfolge. — Herr Stadtv. Möbius (Bürgerl.) erklärte namens der bürgerlichen Fraktion, daß man nach Lage der städtischen Finanzen bei Aufnahme einer neuen Anleihe sehr vorsichtig sein müsse. Grundsätzlich sei die bürgerliche Fraktion für Ausführung des fraglichen Projektes, sie stehe aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die benötigten Arbeiten nur auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes ausgeführt und die Arbeit privaten Unternehmen übertragen werde. — Im Sinne seines kommunistischen Vorredners äußerte sich auch der kommunistische Stadtv. Herr Reinboth. — Namens der NSDAP. erklärte Johann Herr Stadtv. Dr. Lehner sich für die Ausführung des Projektes auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes. Bevor jedoch über die Finanzlage der Stadt ein klares Bild vorliege, müsse die Fraktion die Aufnahme neuer Darlehen ablehnen, weshalb sie beantrage, die Vertagung der Vorlage vorzunehmen. — Herr Stadtv. Riß machte auf die Dringlichkeit der Angelegenheit aufmerksam und bemerkte, es sei fraglich, ob die Stadt, werde die Beschlußfassung vertagt, die angebotene Anleihe erhalten werde. — Herr Stadtv. Turra (SPD.) wies darauf hin, daß mit der Ausführung des Projektes doch keiner einzelnen Partei gedient werden solle, sondern man müsse Gemeinnutz vor Eigennutz stellen. Er empfahl, die Anleihe anzunehmen. — Herr Stadtv. Adler (Bürgerl.) brachte zum Ausdruck, daß es sich hier zunächst nicht um die Art der Ausführung des fraglichen Projektes handele, sondern um die grundsätzliche Entscheidung über Aufnahme des angebotenen Darlehens. — Herr Stadtv. Dr. Rühlmeister (Bürgerl.) empfahl, die günstige Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen und wies in seinen weiteren Ausführungen auf die sehr beträchtlichen Schäden hin, die das städtische Mittergut durch Hochwasser erlitten hat. Wenn man unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen ein Werk zur Abstellung erheblicher Schäden schaffen könne, könne man doch zufrieden sein. — An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Herren Stadtv. Greger (KPD.), Dr. Lehner (NSDAP.), Riß (SPD.) und Bley (Bürgerl.), die nochmals im Sinne der Ausführungen ihrer vorher zu Worte gekommenen Fraktionskollegen sprachen. — Schließlich gab nach Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider erklärende Erklärungen ab und wies auch seinerseits auf die Dringlichkeit der Vorlage hin. Er bat, ihm nicht später den Vorwurf zu machen, daß er das Kollegium nicht darauf aufmerksam gemacht hätte, die gebotenen Möglichkeiten auszunutzen.

Nach beendeter Aussprache wurde der nat.-soz. Verlangsantrag gegen die 7 Stimmen der Antragsteller abgelehnt. — Eingegen wurde der kommunistische Antrag, das Projekt nur unter der Bedingung durchzuführen, daß die Arbeiten nach Tarif bezahlt werden, mit Stimmenmehrheit der Linken angenommen! (Zuruf rechts: „Wer bezahlt die Tariflöhne?“) Der soz.-dem. Antrag, daß die Stadt als Träger des Dienstes und auch als ausführendes Organ auftreten soll, hatte sich mit der Annahme des kommunistischen Antrages erledigt.

Mitteilungen.

Von der bekannten Protestentscheidung der Gakwirte und Saalhaber im Bezirk Großenhain, deren Wortlaut wir in der Tagesblatt-Ausgabe vom Donnerstag, 12. Januar 1933, veröffentlicht haben, nahm das Kollegium Kenntnis. — Des weiteren lag ein Schreiben einer Treuhänders-Gesellschaft vor, welches dem Rat zugeleitet werden soll.

Entscheidung der Kreis-Ausschusskommission Dresden-Vauken als Verwaltungsbehörde wegen des angeleglichen Beschlusses der Stadtverordneten, Gehaltszahlungen betr.

Es handelt sich hier bekanntlich um den Beschluß der Mehrheit des bisherigen Stadtverordneten-Kollegiums, die Gehälter der städtischen Beamten, sofern sie den Betrag von 400 RM überschreiten, vorläufig nur bis zu dieser Höhe auszusahlen. Von dem ablehnenden Bescheid der Kreis-Ausschusskommission nahm das Kollegium Kenntnis.

Ratsbeschluss über Ablehnung der Durchführung des Stadtverordneten-Vorschlusses vom 10. Januar 1933 bezgl. der Gewährung von Sonderanfertigungen an die Unterhaltungsbeamten.

Herr Stadtv.-Vorst. Riß verlas hierzu ein Schreiben des Rates, in welchem auf die Ungeleglichkeit der Durchführung des Beschlusses hingewiesen wird. — Wegen die Mitteilung des Rates wandte sich zunächst der kommunistische Stadtv. Herr Greger. — Namens der SPD-Fraktion erklärte Herr Stadtv. Schaub, daß die Fraktion an dem ursprünglich gefaßten Beschluß festhalte und die Ratsoberleitung ablehne. — Herr Stadtv. Dr. Rühlmeister wies nochmals auf die Ungeleglichkeit der Durchführung des Antrages hin und betonte wiederholt, daß leider keine Mittel vorhanden seien. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider teilte zur Aufklärung mit, daß neue freiwillige Ausgaben nicht durchgeführt werden dürfen; es sei einfach verboten, solche Beschlüsse auszuführen. Ein Verfahren hierzu brauche gar nicht eingeleitet zu werden, der Rat habe nur Mitteilung an die vorgelegte Behörde zu lassen.

Die nunmehr folgende Abstimmung über die Ratsvorlage ergab die Ablehnung der Vorlage, und zwar gegen die Stimmen der beiden rechten Fraktionen.

Vorschläge zur Wahl der Mitglieder für das Finanzgericht Dresden.

Es wurden folgende Herren zur Wahl vorgeschlagen: die Herren Betriebsleiter Leiskner, Direktor Schoppmann, Kaufmann Schäfer und Stadtv.-Vorst. Riß.

Antrag der Fraktion der NSDAP.

Ein Antrag der Fraktion der NSDAP, dem Stadtverordneten-Kollegium in der nächsten Sitzung einen Status vorzulegen, aus dem ein genaues Bild über die Finanzlage der Stadt zu ersehen ist, wurde einstimmig angenommen.

Geldfälsche auf dem Siegelteich betr.

Herr Stadtv. Benedix (KPD.) regte schließlich noch an, das Bekretzen der Geldfälsche des Siegelteiches, wie es in den letzten Tagen erfolgt sei, im Interesse der die Geldfälsche benutzenden Kinder erwerbsloser Eltern künftig zu unterlassen.

Damit hatte die öffentliche Sitzung gegen 21.30 Uhr ihr Ende erreicht. Es schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Verlages und Sächsisches.

Riesa, den 18. Januar 1933.

Wettervorhersage für den 19. Januar (Mitgeteilt von der Säch. Landeswetterstelle zu Dresden.)
Reitwellig aufsteigende Winde, vorwiegend aus Süd bis Ost, meist kräftiger bewölkt, nur vorübergehend Bewölkungsabnahme, Temperaturverhältnisse im allgemeinen wenig verändert, keine erheblichen Niederschläge.

Daten für den 19. Januar 1933. Sonnenaufgang 8,00 Uhr. Sonnenuntergang 16,23 Uhr. Mondaufgang 0,47 Uhr. Monduntergang 10,28 Uhr.

1809: Der Dichter Edgar Allan Poe in Boston geb. (gest. 1849).

1863: Der Nationalökonom Werner Sombart in Wormsleben geb.

1868: Der Romanistritiker Stefan Zweig in Wien geb.

Polizeibericht. Gestohlen wurde einer Händlerin am 18. 1. 33, vorm. gegen 9 Uhr, ein vor dem Grundstück Goethestraße 85 aufschloß und unangehobenes Damenrad, Marke „Triumph“, Nr. noch unbekannt, schwarzlack. Rahmen, hinten und vorn mit Gepäckträger. Auf den Gepäckträgern hat sich je ein Korb befunden. Darin sind enthalten gewesen: 60 Stück runde und vier-eckig geformte Landbutter, Eier, Käse, Quark, ein Straßenfeuerzeug der Westhollens und andere Gegenstände. Als Täter kommt ein junger Bursche in Frage, der mit dem gestohlenen Fahrrad in Richtung Nienblas fahrend gesehen worden ist.

„Unser Heim“. Der heutigen Tageblatt-Ausgabe ist Nr. 3 der Zeitschrift „Unser Heim“ beigegeben; sie enthält die 1. Fortsetzung „Riesa im Jahre 1932“.

Der große Erfolg der Straßenlotterie für die Sächsische Winterhilfe. Die erste Million der Wohlfahrtsbriefe zugunsten der Sächsischen Winterhilfe 1932/33 ist angezogen. Bis zum 18. Januar wurde über 828.000 Postbriefe abgerechnet. Aus dem Erlös dieser vom Innenministerium genehmigten Lotterie konnten auf das Konto der Sächsischen Winterhilfe einbezahlt werden für den Landesausbau für Arbeiterwohlfahrt in Sachsen 41.000 RM., den Landesverein für Junere Mission 41.000 Reichsmark, den Caritasverband für das Bistum Meißen 13.666,64 RM., das Sächsische Rote Kreuz 13.666,64 RM., den Paritätischen (Pflanz-) Wohlfahrtsverband Landesverband Preisaussch. 6.833,32 RM., den Sächsischen israelitischen Gemeindeverband 3.416,66 RM., die Christliche Arbeiterhilfe, Landesausbau Sachsen 3.416,66 RM. — An das Finanzamt wurden an Lotteriesteuer bis zum 13. Januar eingezahlt 61.726 RM., worin ein bestimmter Betrag bereits als Vorauszahlung für die nächste Million der Wohlfahrtsbriefe enthalten ist. — An Gewinnen konnten bis zum Schluß 18. Januar 66.778 RM. durch die Kassenstellen der Girozentrale Sachsen, öffentl. Bankanstalt, Dresden, im ganzen Lande Sachsen den glücklichen Possessoren ausgeschüttet werden. — Man darf wohl sagen, die neuartige Straßenlotterie der Sächsischen Winterhilfe steht unter dem Motto: Helfe und du hilfst dir selbst.

Verein ehem. Kol.-Krieger und Jnt. Vor kurzem fand die Generalversammlung im Vereinslokal „Hotel Deutsches Haus“ beim Kam. Gomoll statt. Der Besuch war sehr zahlreich. Bei Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde als 1. Vorsitzender des Vereins, Kamerad Alfred Göge, Kaiserstraße 16, L. gewählt. Im Anschluß an die Versammlung fand gemütliches Beisammensein mit Damen statt.

Der Verein der Hundefreunde Riesa hatte am 15. 1. 1933, nachm. 7,30 Uhr, zu seiner Jahreshauptversammlung im Restaurant „Stadt Leipzig“ eingeladen. Erfreulichweise konnte festgestellt werden, daß dem Rufe eine ansehnliche Zahl von Sportfreunden nebst Damen gefolgt war. Nach Vortrag des Jahres- und Kassenberichtes wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten. Diese ergab einstimmig die Wiederwahl des alten Vorstandes. Anschließend wurde besonders eingehend über die für 18. 6. 1933 angemeldete Raiffeisenschau in Riesa gesprochen. Der 1. Vorsitzende legte den Anwesenden überzeugend dar, daß diese Schau selber bereits an der Maßnahme scheiterte. Trotz äußerer Bemühungen sei es dem Verein nicht gelungen, einen dafür geeigneten Raum zu finden; Riesa sei eben anderen Städten gegenüber im Nachteil, weil letztere vielfach Stadthallen und dergleichen besäßen, die für derartige Zwecke zur Verfügung gestellt würden. Außerdem zwinge auch die schwere wirtschaftliche Lage, die gerade auf Riesa und Umgebung besonders laufe, zur Aufgabe der vorerwähnten Raiffeisenschau. Es soll mit allen Mitteln versucht werden, diese im Jahre 1934 durchzuführen. Es wurde allerseits zum Ausdruck gebracht, daß auch die Stadtverwaltung Riesa die Notwendigkeit einer derartigen kulturellen Veranstaltung anerkennt und den Verein dabei unterstützt, zumal Besuche und Gaststätten einen wesentlichen Vorteil davon haben würden. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß am 20. und 21. 5. 33 in Leipzig die große Ausstellung des Deutschen Kartells für Hundewesen stattfindet. Da es in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, eine derartige Schau, die mit ca. 1500 Hunden besetzt werden dürfte, in der Nähe von Riesa zu haben, soll die Öffentlichkeit schon heute hierdurch darauf hingewiesen werden. Eine rege Debatte löste die Aussprache über die Ausbildung der Verbrauchskunde innerhalb des Vereins aus. Die für Sonntag von 9,30 bis 11,30 Uhr angelegten Übungskunden sollen während des Winterhalbjahres beibehalten werden. Die Übungen finden nach wie vor in der früheren 32er Kaserne statt. Es wird ausdrücklich betont, daß erwachsenen Zuschauern dort jederzeit der Zutritt gern gestattet ist. Die Versammlung war 11,30 Uhr beendet, so daß noch einige recht harmonisch verlaufene Stunden für den gemütlichen Teil verblieben. — Bemerkenswert ist noch, daß sich der Verein bei Beschaffung von Hunden sowie sonstigen Hundesachen jederzeit gern mit Rat und Tat zur Verfügung stellt. Alle Anfragen sowie Anmeldungen sind an den 1. Vorsitzenden, Otto Kramer, Gerichtspolizeier, Riesa, Klosterstraße 4, zu richten.

Die Geldausstellung durch Geldbriefträger bleibt. Wie wir von der Hauptverwaltung der Reichspost erfahren, haben sämtliche 45 Oberpostdirektionen Deutschlands einschließlich der acht bayerischen, die vor einigen Wochen vom Reichspostministerium angeregte Reform der Geldausstellung durch die Geldbriefträger, die die Abholung durch die Geldempfänger selbst vorsah, nach eingehenden Verhandlungen mit Wirtschaftsverkehrern, sowie mit Vertretern der Beamtenorganisationen abgelehnt, und sind für die Beibehaltung der Geldausstellung durch die Briefträger eingetreten. Voraussichtlich wird das Reichspostministerium den Oberpostdirektionen anheim stellen, die Geldbriefträger, die zum Teil schon mit Gummihandschuhen, Schlagringen oder Marmitteln ausgestattet sind, in gefährdeten Gegenden mit richtigen Schutzmaßnahmen zu versehen. Darüber hinaus soll den Oberpostdirektionen gestattet werden, den Geldbriefträgern, die in unheimlichen Gegenden oder in mehreren hintereinanderliegenden dunklen Öfen ihre Befehlsgänge auszuführen haben, noch einen zweiten Mann als Bewachung mitzugeben.

Produktionseinschränkung in der sächsischen Strumpfindustrie. Vor einigen Tagen hat ein Empfang führender Persönlichkeiten der sächsischen Wirt- und Strumpfindustrie beim Reichswirtschaftsminister stattgefunden, wobei diese die dringenden Wünsche der genannten Industrie vorgetragen haben. Wie wir hören, werden sich insbesondere für die sächsische Strumpfindustrie möglicherweise schon in aller nächster Zeit Schritte von bedeutender Tragweite in der Richtung einer Produktionseinschränkung notwendig machen.

Die Sächsische Postkubde. Die Oberpostdirektion Dresden hat seit einiger Zeit eine Sächsische Postkubde eingerichtet, deren Sammlungen demnach der Öffentlichkeit zur Verfügung freigegeben werden sollen. Die Sächsische Postkubde enthält zahlreiche Erinnerungsstücke an die alte Sächsische Landpost, die am 1. Januar 1888 ihre Selbständigkeit aufgab, um ihren Betrieb mit der Postverwaltung des Norddeutschen Bundes zu vereinigen. Die Sächsische Landpost ist bekanntlich eine Schöpfung der Wettiner und erstreckte sich über große Teile der Landesfürsten. Namentlich August der Starke hat sich große Verdienste um sie erworben. Aus diesem Anlaß fand sich der Chef des Hauses Wettin, Prinz Friedrich Christian, gekrönt in Begleitung des Barons O'Burn bei der Oberpostdirektion ein, um die Sächsische Postkubde in Augenschein zu nehmen. Präsident Bauerhans, Oberpostrat Pöttinger und Oberpostinspektor Köppler gaben die nötigen Erläuterungen.

Tarifverhandlungen im Dresdner Einzelhandel. Im Dresdner Einzelhandel war schon vor einigen Monaten der Angebotsmarkt von Arbeitgeberseite gekündigt worden. Vor kurzem war vom Schlichter ein Schlichtungsbescheid gefällig worden, der von Arbeitgeberseite angenommen, von Arbeitnehmerseite aber abgelehnt worden war. Der Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung des Spruches wurde vom Schlichter abgelehnt, der daraufhin den Tarifparteien einen Vorschlag unterbreitete. Dieser ist wiederum von den Arbeitgebern angenommen und von der Gegenseite abgelehnt worden. Die Verhandlungen nehmen ihren Fortgang. Wie verlautet, ist ein Lohnabbau von 1-12 Prozent beabsichtigt.

Eigenlechtige Kartoffeln. Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, sind in diesem Winter schon in zahlreichen Fällen Kartoffeln mit rostrauen Flecken im Fleisch zur Untersuchung eingeleitet worden. Die Knollen haben äußerlich vollständig gesund und erst beim Durchschneiden bemerkt man die braunen regellos verteilten Stellen. Es handelt sich hierbei um die als „Eigenleichtigkeit“ bekannte Erkrankung, die mit der Bodenbeschaffenheit zusammenhängt und aufeinander auf mangelhafte Durchlüftung des Bodens zurückzuführen sein dürfte. Eigenlechtige Kartoffeln sind als Speisepotenz naturgemäß minderwertig; zu Pflanzkartoffeln kann man sie dagegen unbedenklich verwenden, da die Krankheit nicht unmittelbar auf die Tochterknollen übertragen wird.

Um Kambe gegen die Feilmauer. Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß man schon jetzt Vorbehalte treffen soll zur Eindämmung einer im kommenden Frühjahr vorausichtlich auftretenden Mäuseplage. Durch Auslegen von Giftködern in Trainschienen unter ausgelegten Strohschiffen auf von Feldmäusen stark besetzten Feldern kann eine große Zahl der überwinternden Mäuse vernichtet werden, ohne daß Wildgeflügel zu Schaden kommt.

Dieser Justizrat Schmorl in der Ruhestand. Vor einigen Tagen hat sich Justizrat Hans Schmorl in Döbich von seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und Notar in den wohlverdienten Ruhestand zurückgezogen. Weithin jedem Döbicher ist der freundliche alte Herr wohl bekannt und auch weit über die Grenzen unserer Stadt hat sein Name einen guten Klang. Justizrat Schmorl wurde 1859 geboren und ließ sich am 16. 7. 1889 als Rechtsanwalt in Döbich nieder, wo damals sein Vater, Justizrat Adolf Schmorl, bereits als Anwalt tätig war und wo auch sein Onkel und sein Urgroßvater gleichfalls die Advokatur ausgeübt hatten, so daß die Advokatur bzw. die Rechtsanwaltschaft beinahe ein und einhalb Jahrhundert durch Mitglieder der Familie Schmorl in Döbich ausgeübt worden ist. Im Jahre 1900 wurde Justizrat Hans Schmorl vom Justizministerium zum Notar ernannt und erhielt im Jahre darauf den Ehrentitel eines Justizrats verliehen. Aber sein unermüdlicher Tätigkeitstrieb ließ ihn nicht nur in seinem Beruf arbeiten, er widmete seine Kräfte und seine wertvollen Kenntnisse auch dem Wohl seiner Mitbürger, indem er 25 Jahre als Stadtverordneter für das Gemarken unserer lieben Stadt tätig war. 24 Jahre bekleidete er auch Vorstandämter im „Albert-Verein“ und im „Voten Kreuz“. Ob dieser unermüdlichen Tätigkeit, ernannte ihn die Stadt Döbich zu ihrem Ehrenbürger und gab der städtischen Siedlung an der Körnerstraße den Namen Hans-Schmorl-Platz.

Waffen. Aufwartermäddchen flieht 1800 RM. und verlobt sie. Ein 24-jähriges Mädchen von hier, das in einer hiesigen Gastwirtschaft seit längerem die Aufwartung verleiht, stahl seinem Arbeitgeber allmählich aus verlockender Trübe 1800 RM. Sie hat das gestohlene Geld reiflos für ihre Zwecke und zum größten Teil in auswärtigen Vergnügungsorten verthan. Die dreifache Diebin wurde von der Genbarmerie verhaftet und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

Wilsdruff. Die Grenze der Braunobstendfakate. In der Gegend von Wilsdruff wird die Grenze zwischen den Abgabebereichen des Ostelbischen und des Mitteldeutschen Braunobstendfakats durch die Sullilinie Siebenbrunn-Wilsdruff-Hermesdorf abgeleitet, wobei die Stationen an dieser Linie zum Abgabebereich des Mitteldeutschen Braunobstendfakats gehören. Die Industrie- und Handelskammer Dresden berichtete dem Wirtschaftsministerium zur Eingabe einer Firma dieser Gegend, daß diese Grenzlinie den offenbar zwischen Wilsdruff und den umliegenden Orten und Dörfern bestehenden Wirtschaftsbeziehungen nicht gerecht werde und daß es aus diesem Grunde eine Revision der dortigen Grenzen bedürftig sei.

Dresden. Ist der Dresdner Markt Regiebetrieb? In einer Eingabe an das Ministerium des Innern hat sich die Industrie- und Handelskammer Dresden dahin ausgesprochen, daß eine rechtliche Klarstellung der Frage, ob der hiesige Markt Regiebetrieb sei oder nicht, herbeigeführt werden müßte. Wenn der Markt als Regiebetrieb zu bezeichnen erfordere oder bei derselben steuerlichen Belastung wie Privatbetriebe erfordere würde, so hält die Kammer einen planmäßigen Abbau mit dem Ziele völliger Beilegung dieses Regiebetriebes im Interesse der Steuerzahler und der Erhaltung eines lebensfähigen Fuhrgewerbes für erforderlich. Das Ministerium des Innern hat sich seine Entscheidung noch vorbehalten.

Dresden. Ein Kind verunglückt. An der Eisbahn am Ringelreich verunglückte am Montagabend ein vier-jähriges Mädchen dadurch, daß es mit der Hand in eine Wartenür geriet, die von anderen Kindern zugeschlagen wurde. Dem Kind wurde der Daumen abgequetscht. Es mußte in eine Klinik gebracht werden.

Dresden. Reichsgründungsfeier des Stahlhelms. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, beging am Dienstagabend im Rahmen einer großen vaterländischen Kundgebung in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Vereins-Saal unter der Leitung seines Vorsitzenden Hauptmann Hauße, seine Reichsgründungsfeier. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Bundeskanzlers des Stahlhelms, Majors a. D. Wagner, über Wilsdruff.

Reichenau. Aus dem Stadtparlament. In der am Montagabend abgehaltenen ersten Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums wurde der bisherige Vorsteher Schreiber (Soz.) wiedergewählt. Erster Stellvertreter wurde der hiesige Stadtverordnete Mann, während zum zweiten Stellvertreter der Vorsteher der Stadtverordnete Maria Otto (Soz.) gewählt wurde.

Gottlieb. Bürgermeisterwahl. Nachdem der im August 1932 in Gersdorf vom alten Gemeindevorstand Kollegium gewählte Bürgermeister von der Aufsichtsbehörde nicht befähigt worden war, hatte sich jetzt das neue Gemeindevorstandskollegium mit der Frage der Wiederbeilegung des Bürgermeisterpostens zu befassen. Der bisherige Bürgermeister Radner wurde dabei wiedergewählt.

Gröbelsdorf. Brennendes Auto. Auf der Staatsstraße Gersdorf-Markbach geriet nachts ein Ueberlandtransportauto aus Gersdorf in Brand. Das Begleitpersonal konnte sich durch Abbringen in Sicherheit bringen und das Feuer, ehe es größeren Umfang annahm, mit Decken erlösch.

Baun. Die Kauterei im Grenzposthaus. — Gerichtliche Sühne. Die schwere Kauterei, die, wie gemeldet, zwischen sächsischen Burden und tschechoslowakischen Grenzgendarmen in der Nacht zum 19. Juli v. J. beim Gasthaus zur „Wache“ auf dem Landersiden stattfand, hat jetzt ihre gerichtliche Sühne gefunden. Die Große Strafkammer beim Landgericht in Bautzen verurteilte die 21 bis 28 Jahre alten Fritz Kroscher, Alfred Lange und Alfred Tschirlich aus Waltersdorf und Seiffenriedorf zu je neun Monaten Gefängnis. Die Verurteilten waren in der angegebenen Nacht in der Kauterei auf dem Landersiden mit zwei gleichfalls als Gäste dort weilenden, also nicht Dienst versehenen tschechischen Gendarmen des Postens Wiederlichenswalde in Streit geraten. Sie wurden vom Gastwirt aus dem Lokal verwiesen. Als ihnen kurze Zeit darauf die Gendarmen folgten, entfiel zwischen ihnen und den Burden, die ihnen aufgelauert hatten, eine Schlägerei, bei der der Gendarmenwachmeister Bitt mit dem Griff des Seitengewehrs seines Kameraden einen solchen Schlag über den Kopf erhielt, daß er bewußtlos ins Waidendorfer Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Es blieb unauflösbar, wer den verhängnisvollen Schlag geführt hatte, der die Wärmung des rechten Armes und des rechten Beines des Gendarmen zur Folge hatte. Deshalb auch wurden gegen alle Beteiligten die gleiche Strafe erkannt. Der Verletzte wurde mit seinen Entschädigungsansprüchen auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

Marienthal. Mit dem Geschirrlieblich verunglückt. Als der im hiesigen Klosterkist angetretene Gutsinspektor Max Wünsche mit seinem leichten Geschirrlieblich auf Besorgungen fuhr, stürzte aus noch unbekannter Ursache plötzlich die Berde. Wünsche wurde aus dem Gefährt herausgeschleudert und blieb mit schweren Verletzungen auf dem Rasen liegen. Ein Arzt, zu dem hiesig-bereite Patienten den Verunglückten schickten, ordnete die sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus an, doch erlag der Bedauernswerte seinen Verletzungen.

Leipzig. 50 Jahre altlicher Turner. In diesen Tagen feiert der Buchdruckerei-Besitzer Bruno Wänther (Luz. 1867) sein 50-jähriges Turner-Jubiläum. Ueber seine turnerische Tätigkeit im Verein hinaus ist Bruno Wänther bekannt geworden durch seine organisatorische Tätigkeit im früheren Seban-Kreis und im Freizeitsportklub für das 12. Deutsche Turnfest in Leipzig. Der jetzt 65-jährige ist noch heutzutage Beführer der Turnstunden im Lutz. 1867. Auch als Ruderer ist Bruno Wänther mit großem Erfolge tätig gewesen. Er gehörte dem Leipziger Ruder an, der 1900 in Dresden den Kaiserpreis gewann.

Leipzig. Hedwig Briese †. Mitten aus einem arbeitsreichen Leben gerissen wurde plötzlich eine bei den berufstätigen Frauen Leipzigs wohlbekannte und von ihnen hochverehrte Persönlichkeit, Hedwig Briese. Sie war seit 1920 Leiterin der Geschäftsstelle Leipzig im Gau Sachsen des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten. Ihre besondere Liebe gehörte der Jugend, die mit Begeisterung an ihr hing. Hedwig Briese war auch als Richterin am Landesarbeitsgericht tätig.

Leipzig. Fünf gefährliche Einbrecher auf frischer Tat gefaßt. Dank der Aufmerksamkeit eines Beamten der Wache und Schlichtgesellschaft ist es gelungen, in der Nacht zum Sonntag einen Einbruch in ein Rauchwarenlager im Hause Ritterstraße 42 zu vereiteln. Die fünf beteiligten Täter konnten überraschend verhaftet werden. Der Beamte stellte bei seinem zweiten Kontrollgang fest, daß in der Abwesenheit eines Beamten das Haus widerrechtlich betreten hatte, da nicht vorchriftsmäßig abgeschlossen war. Bei seinen Nachforschungen hörte der Beamte im dritten Stockwerk des Hauses verdächtiges Geräusch. Die darauffolgende nächtliche Polizei entdeckte zwei Beamte, die im Hause niemand vorfanden. Beim Abbruch des Hotes wurden fünf Personen gefaßt, die sich vergebens zu verbergen suchten. Die Einbrecher mußten mit dem Verzicht auf Wand Ausschaltung nehmen und wurden von den sich in der Minderheit befindlichen Beamten mit der Waffe in Schach gehalten, bis Verstärkung herankam. Die Verhafteten hatten drei große Koffer bei sich, um darin die zu erwartende Beute wegzuschaffen. Einer der Täter trug einen Geigenkasten, der das Einbruchswerkzeug barg. Die Bande, der eine Reihe schwerer Einbrüche zur Last gelegt wird, hatte bereits eine Geldsumme der Gangangst zu den Räumen der Rauchwarenfirma angefaßt.

Chemnitz. Justizhaus für einen unverbesserlichen Betrüger. Das Chemnitzer Schöffengericht verurteilte den 31 Jahre alten, bereits 18 Mal vorbestrauten Erich Kurt Gert aus Chemnitz wegen Rückfallbetruges in 4 Fällen zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust. Er hatte im Oktober und November 1932 in zwei Fällen in Wäschegegeschäften Wäsche erlangt unter der schwindelhaften Angabe, Einkäufer der RSDAP zu sein. In zwei anderen Fällen hatte er einen Schulkollegen um kleinere Geldbeträge betrogen.

Chemnitz. Verunfallter Motorradfahrer. In der Nacht zum Dienstag stießen Ecke König- und Zimmermannstraße ein Personenauto und ein Motorradfahrer aufammen. Der Motorradfahrer, ein 44 Jahre alter Arbeiter aus Waidenburg, erlitt beim Sturz schwere Verletzungen und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Roschburg. Die Kellerberge werden freigegeben. Im kommenden Frühjahr müß die Gräflich-Schönburgische Herrschaft die Roschburger Kellerberge an die Reichsregierung freigegeben. Noch bis Kriegsbeginn wurden die Gänge stark besucht, später aber geschlossen.

Sobentien-Grüththal. Todesfall. Ein verheirateter Ehrenbürger der Stadt Sobentien-Grüththal Stadtrat Bernhard Inger im Alter von 85 Jahren. Er stand mehr als 20 Jahre als ehrenamtlicher Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister im Dienst der Stadt.

Rumburg. In den Folgen einer unsinnigen Alkoholverweilung. Einer unsinnigen Wette ist der Tod eines Inhabers im Rumburger Verordnungsamt zuzuschreiben. Der Mann trank fünf Viertel Kornschaps und starb wenige Stunden darauf an Alkoholvergiftung. Sowohl der, der die Wette hielt, wie auch der, der den Schnaps bezahlte, werden sich vor Gericht zu verantworten haben.

„Spendet zum Hilfswerk der Stadt Riesa!“

Höhere Bürgschaft für Hausreparaturen

Beratung von Finanz- und Siedlungsfragen im Reichskabinett

Berlin, 18. Januar.

Die Diensttagssitzung des Reichskabinetts zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Das Kabinett beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Bürgschaft für Hausreparaturen. Einleitend wurde der Zweck dieser Bürgschaft, nämlich die Erhebung von 50 Millionen RM, erläutert. Weiter wurden vom Kabinett finanzielle Fragen behandelt, insbesondere die Frage der Steuererhebungstechnik für das Haushaltsjahr 1933. Es soll eine wesentliche Vereinfachung der Erhebung stattfinden. Ein Hauptbestandteil der Kabinettsitzung bildete die Erörterung der Siedlungspolitik im Zusammenhang mit der Frage des Vollstreckungsschutzes. Beschlüsse hierzu sind nicht gefasst worden. Schließlich wurde im Kabinett eine Darlegung der deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhältnisse gegeben.

Einigung über die Meistbegünstigung

Die Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 18. Januar.

Der wirtschaftliche Unterausschuss der Sachverständigen, die die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten, hat den Teil des Berichtes, der von der Zoll- und Handelspolitik handelt, fertiggestellt. In der Frage der Meistbegünstigung ist es zu einer Einigungsformel gekommen. Der Bericht stellt fest, daß die uneingeschränkte und unbedingte Meistbegünstigung die Grundlage der Meistbegünstigung sein müsse. Die Arbeiten des Finanzausschusses der Sachverständigen über die Stabilisierung der Währungen, den Abbau der Devisenbewirtschaftung, die Freiheit des Kapitalverkehrs und die Preisbewegungen sind ebenfalls weiter fortgeschritten.

Bertrauen zu Hindenburg

Der Sächsischen Landtag an den Reichspräsidenten — Stellungnahme zum Agrarionslist

Die in Dresden abgehaltene Vertreterversammlung des Sächsischen Landtages beschloß die Absendung eines Telegramms an den Reichspräsidenten mit dem Ausdruck des Dankes für den bewiesenen Tatwille, der Landwirtschaft zu helfen. Sofortiger uneingeschränkter Vollstreckungsschutz, so heißt es weiter, ist unbedingt erforderlich, damit Hilfsmassnahmen wirksam werden können. Die durch wirtschaftliche und seelische Not verursachte Verzweiflung überschreite jedes Maß. Die sächsische Landwirtschaft hat zu Ihnen, Herr Reichspräsident, das feste Vertrauen, daß Sie nach wie vor bereit sind, der Landwirtschaft zu helfen und Ihren hilfswilligen Willen an die Reichsregierung zu übertragen.

Die Vertreterversammlung des Sächsischen Landtages lasse ferner zum Konflikt des Reichslandtages mit der Reichsregierung eine Entschiedenheit, in der das Vorgehen des Reichslandtages gebilligt und als eine befreiende Tat begrüßt wird. Wer glaube, einen Keil in die Bauernfront treiben zu können, irre sich. Die Front stehe und werde um so fester stehen, je energischer und zielbewußter die Führung den Kampf um die Erhaltung der Landwirtschaft zur Entscheidung bringe. In dieser Front befinde sich in zuverlässiger Gefolgschaft der Sächsischen Landtag, bereit zum letzten Einlage in dem dem landwirtschaftlichen Berufsstand aufgezwungenen Kampfe um die Existenz.

Unterredung Hitler-Hugenberg

Vertrauliche Aussprache

Berlin, 18. Januar.

Die angekündigte Unterredung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg hat in den Abendstunden des Dienstag stattgefunden. Die Aussprache dauerte längere Zeit. Ueber ihren Inhalt wurde von beiden Seiten Vertraulichkeit vereinbart.

„Mit Hindenburg für ein neues Deutschland“

Rede des Reichskanzlers a. D. von Papen

Halle, 18. Januar.

Auf der Reichsgründungsfeier des Stahlhelms hielt Reichskanzler a. D. von Papen die Festrede. Er führte u. a. aus, der Kampf für die Wiedererlangung unserer äußeren Freiheit sei untrennbar verbunden mit einer Korrektur des Notstands von Weimar. Marxismus und Bolschewismus drohten Deutschland zu zerstören. Deutschlands Kampf um die Gleichberechtigung sei nur durch ein Zusammenfassen aller nationalen Kräfte zu einer Staatsführung im Sinne eines neuen staatsbildenden Prinzips möglich. Die Worte General von Schleichers auf Wiedererlangung der allgemeinen Wehrpflicht seien allen Deutschen vom Herzen gesprochen. Der Redner schloß mit den Worten: Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!

Amerikanische Einheitsfront

Hoover und Roosevelt einig in der Außenpolitik

New York, 18. Januar.

In einer Erklärung, die der zukünftige Präsident Roosevelt abgab, wird festgestellt, daß zwischen dem gegenwärtigen und dem zukünftigen Präsidenten vollkommene Einigung darüber herrsche, daß der geheiligte Charakter der Verträge wahren gehalten werden müsse. „Jede Feststellung über die auswärtigen Fragen, welcher Art sie auch seien, muß natürlich vom Staatssekretariat ausgehen“, sagt Roosevelt, „ich bin indessen vollständig bereit, mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß die auswärtige Politik Amerikas den geheiligten Charakter der Verträge wahren muß. Das ist der Grundstein, auf dem alle Beziehungen zwischen den Völkern ruhen müssen.“ Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß diese Erklärung, die Franklin Roosevelt zur Veröffentlichung in der Presse niedergeschrieben hat, zugleich eine vollkommene Einmütigkeit zwischen den republikanischen und demokratischen Parteiführern über die Politik im Fernen Osten bedeutet. Trotzdem bemerkt der Korrespondent der New Yorker Times in Washington, nichts deute darauf, daß die Vereinigten Staaten andere Pläne hätten, als eben einfach den die Unabhängigkeit des Mandatschulstaates nicht anzuerkennen.

Kritik an der Wirtschaftspolitik.

Die Sanierung der Invalidenversicherung.

Abg. Berlin. Im Haushalts-Ausschuss des Reichstags wurde bekanntlich am Dienstag in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold die große politische Aussprache unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik fortgesetzt.

Abg. Dr. Wendner (Komm.) polemisierte gegen die Berichte des Instituts für Konjunkturforschung, die je nach den Bedürfnissen der amtierenden Regierungen eingestellt seien. Jederzeit könnten neue Einbrüche der Krise erfolgen und es sei ein Verbrechen, das deutsche Volk über diese Lage zu täuschen. — Der frühere Arbeitsminister Wiffel (Soc.) warnte dringend davor, daß die ungenügende Lage der Invalidenversicherung zu einer grundsätzlichen Einschränkung der Versicherung ausgenutzt werde. Die Leistungsverminderung bei den Krankenfällen um 42 Prozent gegenüber 1929 werde sich noch katastrophal auf den Gesundheitszustand des Volkes auswirken. Der Redner sah eine Vorbedingung für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in einer Verkürzung der Arbeitszeit. — Der deutsche nationale Abg. Dr. Cunoak betonte, daß die Verengung des Abgabekraumes für die deutsche Wirtschaft in der Welt zu einer härteren Ausnutzung des heimischen Bodens zwingt. Die Regelung der Auslandsschulden sei eine Lebensfrage für Deutschland. Ein neuer Kapitalentzug dürfe verberlich wirken. Die Heilung könne nur von der Landwirtschaft ausgehen, die ein gerechtes Preisverhältnis zwischen ländlichen und städtischen Produkten verlange. Die fortschreitende Zentralisierung des Bankwesens bedeute den Tod des Mittelstandes. — Abg. Schlaf (Str.) forderte, daß

die notwendige Wirtschaftspolitik des Reiches nicht zum Staatsmonopol oder zur Zwangsverwaltung ausartete. Durch Vollmaßnahmen sei der Landwirtschaft nicht zu helfen, sondern nur durch Angleichung der Kaufkraft an das Angebot. Die deutsche Wirtschaft bedürfe jetzt dringend einmal der Ruhe. — Für Deutung der Kaufkraft setzte sich auch der volksparteiliche Abg. Morath ein. Der Gedanke der Autarkie sei im Ausschuss nur von einem nationalsozialistischen Redner verteidigt worden, dessen großes Vorbild Mussolini aber eine andere Auffassung darbrä habe.

Ministerialdirektor Krohn vom Reichsarbeitsministerium gab auf einige Fragen Auskunft und erklärte, daß die Unfallversicherung auch im Jahre 1934 noch Sorgen bereite, über die man aber durch die Solidarisierung der Berufsgenossenschaften und ihre Selbsthilfsmassnahmen hinwegzukommen hoffe. Jede Einschränkung der Unfallversicherung müsse vermieden werden. Die Invalidenversicherung werde vorläufig noch einen monatlichen Vermögenszuwachs von 10 Millionen brauchen. Das große Problem der Invalidenversicherung müsse auch auf weite Sicht gelöst werden, da die Beibehaltung des reinen Umlaufverfahrens schließlich zu einer Katastrophe der Invalidenversicherung führen müsse. Die Verhandlungen über die Sanierung würden innerhalb der Reichsregierung beschleunigt zum Abschluß gebracht und im Zusammenhang damit werde auch geprüft, welche Milderungen des Rotenacts möglich seien. Auch die Knappschaftsversicherung werde in diesem Zusammenhang behandelt werden.

Wieder Brügelei im Preussischen Landtag.

Abg. Berlin. Der Preussische Landtag hielt am Dienstag seine erste Plenarsitzung nach der Weihnachtspause ab. Obwohl die Nachricht bereits demontiert wurde, wonach der ehemalige Kaiser den Mitgliedern der Familie Hohenzollern die Betätigung in der NSDAP verboten haben sollte, sei erwähnt, daß in den Reihen der nationalsozialistischen Fraktion wiederum auch Prinz August Wilhelm seinen Abgeordnetenstatus eingenommen hatte.

Bei der Erzielung kleinerer Vorlagen, die alle erst in der Mittwoch-Sitzung zur Abstimmung kommen, gab es einen schweren Zwischenfall. Als der Abg. Franken-Rhendi (Komm.) Ausführungen zu Gunsten der Schwalm-Bauern (Bez. Düsseldorf) machte, wobei er die Nationalsozialisten angriff, antworteten die durch fortgesetzte Zwischenrufe und Rufen. Schließlich rief der Abg. Franken den Nationalsozialisten zu: „Ein feigeres Gesindel, als ihr es seid, gibt es ja nicht mehr!“ Darauf kürmten die Nationalsozialisten laut schreien gegen das Rednerpult vor. Der Abg. Blei (Natio.) verließ dem Redner Frankische. Inzwischen waren von der anderen Seite auch Kommunisten dem Rednerpult angekommen; doch wurden weitere Tätlichkeiten durch die führenden Mitglieder der Nationalsozialisten und Kommunisten verhindert, die ihre Leute zurückdrückten. Als Präsident Krell seine Ordnungsmassnahmen verkünden wollte, jagten die Nationalsozialisten das Horst Wessel-Lied. Der Präsident unterbrach darauf die Sitzung. Schon nach einer Viertelstunde wurde die Verhandlung wieder eröffnet, wobei die Ruhe im Hause völlig hergestellt war. Die Abg. Franken (Komm.) und Blei (Natio.) wurden von der weiteren Teilnahme an der laufenden Sitzung ausgeschlossen, können also bereits heute Mittwoch wieder an den

Verhandlungen teilnehmen. Nachdem das Haus noch einige kleinere Sachen bis zu dem am Mittwoch erfolgenden Abstimmung erledigt hatte, vertagte es sich auf Mittwoch. Dann soll vor allem über Schulstränge verhandelt werden.

Abgeordnetenrat-Sitzung über die Schlägerel.

Nach Schluß der Vollversammlung trat am Dienstag der Abgeordnetenrat des Preussischen Landtags zusammen, um sich mit dem schweren Zusammenstoß zu beschäftigen, der sich zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten ereignet hatte, und bei dem der Abg. Franken-Rhendi (Komm.) geschlagen worden war. Die Kommunisten sahen der Ansicht Ausdruck, daß nur der Nationalsozialist Blei, der geschlagen habe, ausgeschlossen werden dürfte, nicht aber auch der geschlagene Kommunist. Präsident Krell erwiderte, er hätte sich überlegt, ob er den Nationalsozialisten überhaupt ausschließen solle, oder ob nicht vielmehr ein Recht der Selbsthilfe bestehe, wenn ein Redner die härteste Fraktion des Hauses als „elende Schlägerel“ beschimpfe. Im Interesse der Würde des Hauses habe er sich zur Ausschließung des Abg. Blei entschlossen. Abg. Rube (Natio.) hob hervor, daß er die Ausschließung des Zusammenstoßes dadurch verhindert habe, daß er seine Fraktion ersuchte, sich sofort auf die Plätze zurückzusetzen. Abg. Dellmann (Soc.) führte Beschwerde darüber, daß während der Unterbrechung der Sitzung einige Nationalsozialisten erhebliche Beschimpfungen gegen die Sozialdemokraten ausgesprochen hätten. Er ersuchte den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß in Zukunft auch diese Zwischenfälle unterbunden würden.

Vorlagen an den Reichstag.

Abg. Berlin. Die vom Reichstag in seiner letzten Volltagung angenommenen Gesetzentwürfe über Verträge, die Deutschland mit der Tschechoslowakei, Polen, Belgien und Frankreich auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat, sind jetzt dem Reichstag zugegangen.

Der Reichsinnenminister legt dem Reichstag den Gesetzentwurf über die Begründung des Beamtenverhältnisses vor, der ebenfalls schon die Zustimmung des Reichsrates gefunden hat, und zwar mit einer für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Stimmenzahl. Durch den Entwurf wird u. a. unter Verringerung des Reichsbeamtengehältes bestimmt, daß das Reichsbeamtenverhältnis auf keinem anderen Wege begründet werden kann, als durch Anstellung einer Anstellungsurkunde mit genau vorgeschriebenen Wortlaut. In dem Gesetzentwurf wird ausgeführt, es habe sich als unmöglich erwiesen, einen anderen Weg als den einer genauen Formvorschrift zu finden, um den Begriff des Beamten abzugrenzen. Unabhängig von der Bestimmung, daß jemand, der die vorgeschriebene Urkunde nicht erhalten hat, nicht Beamter ist, bestimmt der Entwurf weiter, daß er jedenfalls nicht die Rechte eines Reichsbeamten besitzt. Obwohl die Reichsregierung keine Bestimmung des Entwurfs für verfassungsändernd hält, soll bei der Schwierigkeit dieser Fragen zur Vermeidung von Zweifeln festgestellt werden, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetze erfüllt sind.

Weiter ist dem Reichstage zugegangen der vom Haushaltsausschuss vorgelegte Bericht über die Reichshaushaltsrechnung 1930. Die Haushaltsrechnung schlägt vor, vorbehaltlich der späteren Bestätigung über die Bemerkungen des Rechnungshofes die Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben dieses Haushaltsjahres zu genehmigen, soweit es der Ausschuss wegen Verletzung von Vorschriften der Reichshaushaltsordnung nicht abgelehnt hat, die Erteilung der Genehmigung zu beantragen.

Cherons Sanierungsplan

Paris, 18. Januar.

Finanzminister Cheron brachte in der Kammer den Finanzierungsplan ein, der Einsparungen von 5326 Millionen Francs und Steuererleichterungen von 5473 Millionen Francs vorsieht. U. a. sollen 638 Millionen am Militärbudget eingespart werden, und zwar beim Kriegsministerium rund 160 Millionen, bei den Ueberseestreitkräften rund 42 Millionen, beim Marineministerium 123 Millionen, beim Luftfahrtministerium 301 Millionen, beim Kolonialministerium 12 Millionen. Im Jahr 1933 sollen außerdem alle Steuerpflichtigen 5 Prozent über den Beitrag zahlen, den sie bisher entrichteten.

In der Begründung des Entwurfs wird darauf hingewiesen, daß die bis jetzt begangenen Fehler die Hauptursache des Budgetdefizites ist. Bei einem Budgetumslag von 52 Milliarden betrage die öffentliche Schuld 10,6 Milliarden.

Selbstbehauptung Deutschlands

Das Ziel der Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei

Prag, 18. Januar.

Nach der vor einigen Tagen im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses abgegebenen Legalitätserklärung des deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten Jung erklärte jetzt Abgeordneter Krebs von der gleichen Partei, es sei kein Umfall, wenn Abgeordneter Jung die Verschiedenheit der Auffassungen der nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei der Hitlers herausgestellt hat. Wenn beide Parteien etwas vereine, so sei es die Idee, nur auf der Basis gegenseitiger Mittel ihr Ziel zu erreichen. Die nationalsozialistische Partei in der Tschechoslowakei stehe auf dem Boden des Staates, in dessen Rahmen sie um die Selbstbehauptung und Selbstbestimmung des deutschen Volkes kämpfe.

„Bund der Adler und Falken“ aufgelöst

Das tschechische Ministerium des Innern hat den „Bund der Adler und Falken, Deutsche Jugendwanderer“ mit dem Sitz in Brünn aufgelöst. Durch diese Maßnahme werden auch die Zweigstellen des Verbandes betroffen.

General Rundi abberufen

La Paz, 18. Januar.

Wie die Zeitung „La Razon“ mitteilt, ist General Rundi von der Front abberufen worden. Es handele sich um dringende Angelegenheit. Die Deffinitivität messe dieser Tatsache große Bedeutung bei.

Unabhängigkeit der Philippinen beschlossen

Der Senat ist, wie vor einigen Tagen das Repräsentantenhaus, über das veto Hoovers gegen das Unabhängigkeitsgesetz für die Philippinen zur Tagesordnung übergegangen. Der Beschluß erfolgte mit 66 gegen 26 Stimmen. Damit ist der Gesetzentwurf Gesetz geworden. Vorausgesetzt, daß die Inseln zustimmen, hätten die Philippinen in zehn bis dreizehn Jahren ihre Unabhängigkeit wiedererlangt.

Wirbelsturm über Lissabon

Zahlreiche Schiffsunfälle

Lissabon, 18. Januar.

In der Nacht wütete in der Stadt ein schwerer Wirbelsturm. Viele Bäume und Telegraphenmasten wurden umgeworfen. Die Schiffe im Hafen wurden teilweise stark beschädigt. Sechs Leichter sind gesunken, die Besatzungen konnten nur mit Mühe gerettet werden.

Die Genfer Entschliessung zur 40-Stundenwoche.

X Genf. Auf der Nachmittags-Sitzung der internationalen Konferenz über die Einführung der vierstündigen Arbeitswoche wurde die allgemeine Aussprache zu Ende geführt und der Text einer Entschliessung bekanntgegeben. Die Entschliessung verurteilt jede Verletzung im Einzelnen. Sie stellt fest, dass die Arbeitszeitverkürzung ein Mittel ist, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet ist. Das Ziel der Einzelberatungen sei, eine internationale Abmachung aufzustellen, deren Durchführung so zu gestalten sei, dass die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer ermöglicht werde. Die Entschliessung, die vom Internationalen Arbeitsamt vorbereitet wurde, ist im Namen der Regierungen Frankreichs, Belgiens, Hollands, Spaniens, Chiles, Deutschlands und Italiens eingebracht worden. Von den Regierungen haben sich England und Portugal dagegen ausgesprochen.

Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache erklärten noch einmal die deutsche Regierungsvertreter Ministerialrat Dr. Stiller und der deutsche Arbeitsgebervertreter Dr. Pfeffer kurz das Wort.

Den Abschluss der allgemeinen Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit auf internationaler Grundlage bildete eine Rede des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Gutier. Er führte u. a. aus, die Aussprache habe gezeigt, wie schwer es sei, zu einem Abkommen zu gelangen. Es muss aber der Versuch gemacht werden.

Die Abkündigung über die vorliegenden Entschliessungen wurden auf heute Mittwoch vertagt.

40-Stundenwoche auch für Beamte?

Abd. Berlin. Im Zusammenhang mit den Arbeitsbeschaffungsplänen, die kürzlich im Vordergrund des Interesses standen, ist wiederholt auch der Gedanke erörtert worden, die heutige 48-Stundenwoche ganz allgemein in eine 40-Stundenwoche umzuwandeln. Die Ansichten über die Möglichkeit einer generellen Durchführung der 40-Stundenwoche sind verschieden. In den kurzarbeitenden Betrieben ist sie zwar schon längst vorhanden, soweit aber die Betriebe nur eine Verminderung der Belegschaft, nicht aber auch eine Kürzung der Arbeitszeit haben einzutreten lassen, begünstigt dieser Vorschlag Bedenken, wenn nicht gar entschiedenere Ablehnung. Es konnte selbstverständlich nicht ausbleiben, dass auch die öffentlichen Betriebe sich eines Tages mit dem Problem einer generellen Arbeitszeitverkürzung auseinandersetzen würden.

Selt einigen Wochen haben nun, wie die „Welt“ mitteilt, Vertreter der verschiedenen Reichsbehörden, u. a. Vertreter der Reichspost und der Reichsbahn zusammengesehnen, um sich über die Möglichkeiten und Auswirkungen einer derartigen Arbeitszeitverkürzung, soweit die Behörden und öffentlichen Betriebe in Frage kommen, klar zu werden. Die zum Teil recht schwierigen Verhandlungen sollen zu dem Resultat geführt haben, dass der Gedanke, auch die öffentlichen Beamten auf die 40-Stundenwoche zu verpflichten, fast einhellig abgelehnt worden sei. Die Auffassung soll überwiegend dahin gegangen sein, dass, um das gleiche Arbeitspensum zu bewältigen, verhältnismässig mehr Personal eingesetzt werden müsste, als aus der vorzunehmenden Gehaltskürzung erspart werden könnte. Nachdem auch die Vertreter der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft erachtet hatten, dass bei der Reichsbahn eine Reduzierung von rund 400 Millionen herauskommen würde, habe sich der Widerstand der Reichsbahnverwaltung demgegenüber verhärtet, dass das Ende der Verhandlungen herbeigeführt war. Ob damit endgültig die Anregung begraben sei, oder ob mit ihrer gelegentlichen Wiedererweckung in absehbarer Zeit dennoch gerechnet werden müsse, lasse sich im Augenblick noch nicht ablesen.

Fakt 7000 Arbeitsstreikzeiten vor dem Schlichter.

Abd. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes wurden im Jahre 1931 insgesamt 6898 Verfahren zur Schlichtung von Arbeitsstreikzeiten vor den staatlichen Schlichtungsbehörden eingeleitet gegen 4017 im Jahre 1930. Die Inanspruchnahme der Schlichtungsbehörden hat danach gegenüber 1930 um mehr als 70 Prozent zugenommen. Von der Gesamtzahl der Verfahren entfielen 6330 auf die Schlichtungsausschüsse, 457 auf die händlichen Schlichter und 111 auf die besonderen Schlichter. 5639 Verfahren oder 81,7 Prozent aller Sachen betrafen Arbeiter, 1171 Angestellte und 88 Arbeiter und Angestellte zusammen.

Die Mehrzahl der Schlichtungsfälle, nämlich 61,5 Prozent aller, erstreckte sich ausschließlich auf Lohn- und Gehaltsfragen. Da aber in einer Reihe anderer Streitigkeiten gleichfalls Lohnfragen in Verbindung mit der Regelung der Arbeitszeit oder sonstigen Arbeitsbedingungen zu entscheiden waren, betrafen fast neun Zehntel aller Schlichtungsverhandlungen Lohn- und Gehaltsregelungen.

Die Zahl der durch Verbindlichkeitsklärung erledigten Verfahren belief sich im Berichtsjahr auf 1830. 224 Verbindlichkeitsklärungen ergingen durch den Reichsarbeitsminister, 1606 durch den händlichen Schlichter. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung erfolgte bei 32,5 Prozent der Verfahren durch die Arbeitgeber, bei 65,5 Prozent durch die Arbeitnehmer. In 28,7 Prozent der Fälle erging auf den Antrag die Verbindlichkeitsklärung.

Im Wohnungsausschuss des Reichstages

wurde am Dienstag ein Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen, wonach als sachfähig nur Instandsetzungen, Wohnungsstellungen und Umbauten bei demjenigen Hausbesitzer anerkannt und behandelt werden dürfen, die die dringlichste Arbeit solchen Gewerbetreibenden übertragen, welche die Mitalienhaft bei einer Berufsgenossenschaft besitzen, nicht gleichzeitig in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen und schließlich ihren Arbeitern den Tariflohn zahlen.

Bei der Beratung von Eingaben wurde von der Regierung die Erklärung wiederholt, dass zwar das Wohnungsmangelsgesetz aufgehoben werde, dass aber das Mietminderungs- und das Mieterschutzgesetz über den 1. April ds. J. hinaus in Kraft bleiben sollen.

Dr. Fried verklagt Dr. Otto Straßer.

München. Staatsminister a. D. Dr. Fried stellt gegenüber einer Behauptung der „Schwarzen Front“, Dr. Fried habe keinen Strafantrag gegen Dr. Otto Straßer gestellt, in einer Erklärung im „Völkischen Beobachter“ fest, dass er die angeforderte Strafanzeige gegen Dr. Otto Straßer und den verantwortlichen Schriftleiter H. Franke-Geldsch (Hildebrand) wegen Juwelierhandlung gegen § 19 Absatz 2 und § 11 des Reichspressgesetzes am 7. Januar 1932 mit Einschreibebrief an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I (Berlin-Moabit) erstattet habe. Wegen der Behauptung, die Feststellungen Dr. Fried's in einer der „Schwarzen Front“ gefassten Verurteilung zu der „Händchen-Zeitung“ seien erlogen, hat Dr. Fried weiter am Dienstag Strafantrag gegen Otto Straßer und den ver-

antwortlichen Schriftleiter H. Franke-Geldsch (Hildebrand) wegen Beleidigung gestellt und die Offizialklage durch die Staatsanwaltschaft beantragt.

Besserung im Befinden des ehemaligen deutschen Kaisers.

X Doorn. Die von bestimmter Seite erneut in Umlauf gesetzten Gerüchte von einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes des ehemaligen deutschen Kaisers entsprechen nicht den Tatsachen. Es ist vielmehr eine Besserung zu verzeichnen, wofür am deutlichsten der Umstand spricht, dass der Kaiser gestern wieder in gemohnter Weise einen Spaziergang durch den Park seiner Besitzung unternahm.

Änderung im Mitgliederbestand des Reichstages.

* Berlin. Für den verstorbenen volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Rudolph Schneider (Dresden), der Spitzenkandidat im Wahlkreis 28 (Dresden-Bauken) war, tritt Rechtsanwalt Kühne (Dresden) in den Reichstag ein.

Der große Gegenhof geht weiter.

* London. Aus Charbin wird gemeldet: 30 000 Mann chinesischer Truppen rücken auf Tungtsao vor. Sie beabsichtigen, Wulfsen anzugreifen. Man sieht in der Wandtafel der Entwicklung der Lage mit großer Besorgnis entgegen.

Zwei Todesurteile des Posener Standgerichts.

Das Urteil bereits vollstreckt.

Posen (Funkpruch). Das Posener Standgericht verurteilte gestern nachmittags nach zweitägiger Verhandlung die Wälder des Präfekten des Posener Lehrerbinnen-Seminars zum Tode durch den Strang. Während der eine Verbrecher geständig war, leugnete der andere bis zum letzten Augenblick. Der Staatspräsident hat das Gnadengebet abgelehnt. Heute früh 8 Uhr wurde dann das Urteil im Posener Gerichtsgelände durch den Warschauer Center vollstreckt.

Mühseliges Verschwinden eines Ingenieurs

Halle. Der Ingenieur Jarwig, ein Mann von 61 Jahren, ist seit Sonntag mittag spurlos verschwunden. Jarwig ist noch am Sonntag in einer Gastwirtschaft gesehen worden. Seit seinem Fortgang von dort fehlt jede Spur. Die Angehörigen erhielten einen Brief mit folgendem Wortlaut: „Wir haben Ihren Vater aus Versehen erschossen, Geld abgenommen und dafür auch begraben.“ Die Polizei hielt den Brief als offensichtliche Irreführung an. Es besteht die Möglichkeit, dass Jarwig den Brief selbst geschrieben hat.

Schwere Grippe-Epidemie in Amerika.

* New York. In zahlreichen Gegenden der Vereinigten Staaten ist infolge der außerordentlich starken Temperaturschwankungen eine schwere Grippe-Epidemie ausgebrochen. In der Stadt Waterville (Maine) mussten alle Schulen ohne Ausnahme geschlossen werden, weil Tausende von Kindern von der Krankheit befallen wurden. Die Grippe hat auch die Besatzung des Ozeandampfers „Alaunia“ mitten auf dem Ozean erfasst. Bei der Ankunft des Dampfers in Halifax wurde festgestellt, dass ein Offizier tot und zahlreiche Matrosen erkrankt waren. Auch der Schiffszug litt an Grippe.

Der „Regenbogen“ in Rio de Janeiro gelandet.

X Rio de Janeiro. Das französische Flugzeug „Regenbogen“ landete um 18,40 Uhr örtlicher Zeit in Rio de Janeiro.

Zugzusammenstoß in Spanien

Madrid, 18. Januar.

Der Schnellzug Madrid Barcelona stieß bei Cejuna (Prov. Saragossa) mit einem Personenzug zusammen. Ein Eisenbahnarbeiter und ein Reisender wurden getötet. Sieben Reisende wurden verletzt.

Starke Schneefälle und Kälte in Spanien.

* Madrid. In Nord- und Mittelspanien sind starke Schneefälle eingetreten. Desgleichen ist auch Madrid von einer mehrere Zentimeter hohen Schneedecke eingehüllt. Der Schnee ist überall liegen geblieben, was zum ersten Mal seit zehn Jahren in Spanien vorkommt. Auch herrscht im Lande starke Kälte. So weist z. B. Burgos eine Temperatur von 10 Grad unter Null auf. Infolge des starken Schneefalles sind zwei Güterzüge entgleist.



Leere Wäsche- und Kleider-Schränke warren auf Ihr Signal!

Wann geht's los? Wann sagen Sie den tausenden Hausfrauen, was Sie alles im Inventurverkauf und in der Reichen Woche zu bieten haben? Berechnen Sie nicht, dass diese wartenden Hausfrauen das Kaiser Tagblatt lesen. Also darin müssen Ihre Anzeigen und Preisangebote stehen!

Die neue Vollstreckungs-Verordnung

vom 17. Januar 1932.

Berlin (Funkpruch). Anlässlich der Verordnung über den Vollstreckungsplan vom 17. Januar 1932 wird von zentraler Stelle ein Überblick über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsplanes gegeben. Durch die Verordnungen vom 8. Dezember 1931 mit den Änderungen vom 14. Juni 1932 und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinstellung für je 6 Monate gewährt.

Die neue Verordnung vom 17. 1. stellt jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Die 2. und 3. Einstellung sollen aber ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit wiederkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstand ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird im wesentlichen mit Rücksicht darauf, dass der Teil der Wirtschaftperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträge zu erzielen, der kommende Herbst ist, ein erweiterter Vollstreckungsplan gewährt: Ausdehnung der Einstellungsdauer auf mehr als 6 Monate, bis längstens 31. Oktober 1933; Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe 1/4 Jahresbetrages. Ferner ist der Mobilisierungsplan für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Zeit bis zur Ernte 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsplan umfasst das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitze des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstückes. Voraussetzung für den Schutz ist, dass dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmässigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt. Der Schutz kann von der Unterbrechung unter einer Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Eigentümer zu gute. In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf Wein ausgedehnt, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

10 000 Ampullen Morphium in Berlin beschlagnahmt.

Berlin (Funkpruch). Beamte des Dekernats zur Bekämpfung des Rauschgifthandels haben gestern bei einem Spediteur annähernd 10 000 Ampullen Morphium beschlagnahmt.

Bereits vor einiger Zeit war den Beamten zu Ohren gekommen, dass im Westen Berlins grössere Mengen Morphium von einem unbekanntem Mann in den Handel gebracht wurden. Gestern abend gelang es den Beamten, einen Mann in einem Café in der Nähe des Bahnhofs Zoo festzunehmen, der amorphes mit diesem verbotenen Handel in Verbindung steht. Weiter wurde bei einem Spediteur eine Riste mit ungefähr 10 000 Ampullen Morphium entdeckt. Der Spediteur gibt an, dass ihm vor etwa 10 Jahren von einem unbekanntem Mann diese Riste übergeben worden sei. Die Riste lagerte bei dem Spediteur, ohne dass dieser — wie er angab — eine Ahnung von ihrem Inhalt hatte. Erst vor 2 Jahren habe ihn der von den Beamten festgenommene Mann darauf aufmerksam gemacht, dass Kinder auf dem Hofe mit Morphium-Ampullen spielten. Sie hätten dann die Riste genau untersucht und auch das Morphium gefunden. Beide hätten dann den Plan gefasst, sich durch den Handel mit dem Rauschgift einen lohnenden Nebenverdienst zu verschaffen. Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, dass das Morphium aus Österreichern vom Jahre 1918 stammt. Der Kaufmann und der Spediteur werden heute dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt werden.

Ginger-Fillale in Lottio demoliert.

Lottio (Funkpruch). Die hierortige Filiale der Ginger-Nähmaschinen war heute der Schanplatz wäcker Ausbreitungen. Um die Zeit, als das ausländische Personal sich zum Mittagessen begeben hatte, drangen etwa 200 Javaner in die Geschäftsräume ein, wo sie fast das ganze Mobiliar und wichtige Gegenstände zerstörten. Die Polizei, die den Schaden nicht mehr verhindern konnte, nahm über 100 Verhaftungen vor. Der Ueberfall wird auf die Unzufriedenheit der einheimischen Agenten der Gesellschaft mit ihren Vertragsbedingungen zurückgeführt.

Ein deutsches Kriegsvermächtnis wird geborgen.

Die Bataillionsfahne des III. Garderegiments soll aus Frankreich in die Heimat zurückkehren.

d. Der alte französische Oberst Guilleaume hat in Paris eine Tat militärischer Anhänglichkeit und Mitterlichkeit vollbracht. Er hat die Verbände der französischen Kriegsteilnehmer zu einer Eingabe an den französischen Kriegsminister veranlasst, in der die Rückgabe der im Invalidendom zu Paris hängenden Fahne des 2. Bataillons des III. Garderegiments zu Fuß gefordert wird. Diese Fahne ist 2 Jahre nach dem Kriege durch einen Unfall auf dem Schlachtfeld in der Nähe von Reims gefunden worden. Ein toter deutscher Soldat deckte sie bis dahin mit seinen Leberresten.

Das Schicksal der Gardefahne klingt wie eine alte Dedenlegende. Ihre erste „Verwundung“ erlitt die Fahne am 26. Sept. 1914 bei St. Vonnard. Sie wurde in zwei Teile zerhauen. Den obersten Teil behielt der Fahnen-träger, ein Sergeant, den unteren Stock mit den beiden Ringen übernahm ein Unteroffizier des gleichen Bataillons. Bei einem späteren Geleht musste auch die Fahnen-truppe eingeleitet werden. Der Gelehter trat zuerst den Unteroffizier tödlich. Er blieb zwischen den Gräben liegen. Über sofort kroch ein Unteroffizier und ein Gefreiter zu dem Fahnen-träger vor. Die Fahne wurde geborgen und einem Grenadier, der noch unbeschadet war, übergeben. Bei einer späteren Beschichtung wurde auch der neue Fahnen-träger verwundet. Beim Zurückgehen haben seine Kameraden noch, wie er das Fahmentuch von der Stange löste und an seiner Brust verbara. Dann haben sie nichts mehr von ihm. Das Schicksal des Verwundeten und der Fahne blieb dunkel.

Erst sechs Jahre später, am 20. Januar 1920, stießen französische Arbeiter auf die Leberreste des Vermissten. Bei ihrer Bergung entdeckten sie unter den Uniformresten das Fahmentuch. Die spätere Untersuchung ergab, dass der Verwundete, nachdem er von seinen Kameraden verlassen worden musste, noch einmal schwer verwundet wurde. Später bewahrte ihn eine schwere Granate mit einer Erdbeide. Er starb. Unter der Erde lag sein vielfach zerschmetterter Körper, darunter die Fahne.

Schon damals wollte man die Beute, die nicht im Kampf erungen wurde, Deutschland zurückgeben. Aber die Zeiten ritterlicher Feindschaft waren noch nicht gekommen. So hing man die Fahne im Invalidendom auf. Die Inschrift darunter besagte: „Garderegiment zu Fuß Nr. III, Infanteriebataillon, Fahne, begraben gefunden unter einem toten Deutschen am 20. Januar 1920 bei St. Vonnard (Marne).“

Nun soll der deutsche Reichspräsident als Generalleutnant des Weltkrieges die Fahne zurückübergeben. Wir erwarten es.

Brand auf Schloß Neudeck.

Königsberg. (Funkdruck.) Nicht unerheblicher Schaden ist durch einen Brand auf Schloß Neudeck, das bekanntlich dem Reichspräsidenten gehört, entstanden. Infolge des starken Frostes waren im Schloß die Wasserleitungsrohre eingefroren. Bei den Aufbaumarbeiten mit der Säge mußte unversehrt die Torfschicht zu Schmelzen begonnen werden. Die Glut wurde erst viele Stunden später bemerkt, als sie bereits den Dachstuhl der mit wertvollem Pflanzenmaterial gedeckt ist, ergriffen hatte. Dem Eingreifen der benachbarten Feuerwehren gelang es bald, die weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern.

Selbstmord eines wissenschaftlichen Dozenten verurteilt schwere Gasexplosion.

Berlin. Im Hause Bodensollerring 118 in Spandau, einem dreistöckigen Gebäude, erfolgte heute nacht um 1/2 Uhr in der Wohnung des Dozenten Dr. Werner Schulte eine Gasexplosion, durch die die etwa 15 Zentimeter starke Wand, die die Küche des Wohnungsinhabers von den Vorderzimmern des Nachbarn trennt, völlig eingedrückt wurde. Der 35jährige Dozent wurde schwer verletzt aufgefunden; er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb. Wie einwandfrei festgestellt wurde, hat Dr. Schulte in selbstmörderischer Absicht die Gashähne geöffnet. Bereits im vor. Jahre hat der Dozent mehrfach Selbstmordabsichten geäußert. Es war jedoch nie herauszubekommen, welche Gründe ihn dazu bewegten. In wirtschaftlicher Not soll sich Dr. Schulte nicht befinden haben.

Durch die Explosion wurden auch Fensterkreuze aus der im 3. Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße geschleudert. Die Feuerwehre mußte durch die eingebrochene Wand in die Wohnung eindringen, da die Eingangstür verschlossen war, und konnte nur unter eigener Gefahr den Schwerverletzten bergen; denn ein Teil der Einrichtung war bereits von den Flammen ergriffen worden, die jedoch gleich gelöscht werden konnten.

Dr. Robert Werner Schulte war Leiter des Psychologischen Institutes der preussischen Hochschule für Leibesübungen. Er war einer der Pioniere und Methodiker der Psychotechnik, Begründer der Sportpsychologie und Verfasser der Zusammenfassung von Psychologie und Medizin, besonders auf sozialhygienischem Gebiet. Seine Forschungen wurden von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft stark unterstützt. Er ist nicht nur der Verfasser zahlreicher Bücher, Einzelarbeiten, Vorträge und Vorträge, sondern auch Mitarbeiter an einer Reihe von wissenschaftlichen Kulturfilmen besonders vorwiegend der Art „Psychologie und Medizin“ sowie Mitverfasser verschiedener anderer Zeitschriften.

Großer Einbruchsdiebstahl in einem Hamburger Postamt.

Hamburg. (Funkdruck.) In letzter Nacht drangen Einbrecher in ein Postamt in Borgfelde ein und erbrachen den Geldschrank. Es fielen den Einbrechern Volkswertzeichen im Betrage von 27 000 RM. in die Hände.

Beste Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 18. Januar 1933.

Gerichtsbesetzung des deutschen Tomatenmarktes.

Berlin. (Funkdruck.) Gemäß einer unterzeichneten Vereinbarung mit Spanien wird der deutsche Tomatenmarkt ab dem 14. Februar 1933 von 20 RM. auf 10 RM. herabgesetzt. Diese Maßnahme ist erfolgt, um die zwischen den beiden Regierungen eingeleiteten Verhandlungen über die Regelung einiger handelspolitischer Fragen zu fördern.

Die Beisetzung des Fürsten von Sachsen.

Trachenberg. (Funkdruck.) Die Beisetzung des Fürsten von Sachsen Herzog zu Trachenberg fand heute in der fürstlichen Gruft in der Stadtparkkirche zu Trachenberg statt.

Spuren des künftigen Bankdirektors Schäfer in Holland.

Amsterdam. (Funkdruck.) Der aus Düsseldorf nach der Unterzeichnung von einigen Millionen RM. gestützte Bankdirektor Schäfer soll in diesen Tagen mehrfach in der holländischen Provinz Limburg u. a. in den Städten Venlo und Vaals gesehen worden sein. Er soll sich seinen Schnurrbart haben abrasieren lassen und seine goldumrandete Brille mit einer Hornbrille vertauscht haben. In einem Geschäft in Venlo soll er einen größeren Betrag deutschen Geldes in holländisches Geld umgewandelt haben. Man vermutet, daß Schäfer sich in Schmuggelkreisen an der deutsch-holländischen Grenze aufhält.

Gerichtssaal

Der jüdische Weg

Der 21 Jahre alte, unbestrafte Kürschnergehilfe Arthur Kurt Herbert Hemprich aus Dresden unterschleift mit einem Mädchen ein Verhältniss, stieß aber auf Widerpruch bei den Eltern und erhielt, da er nicht nachgeben wollte, Hausverbot von seinem Vater. Als sein Geld zur Neige ging, beging er einen Einbruch. In einem Haus in der Friedrichstraße, wo er mit den örtlichen Verhältnissen einigermaßen vertraut war, fand er in einem Kasten einen Verrückungssack über 140 Reichsmark und nahm ihn an sich. Dann rabierte er den Bermert „Nur zur Verrechnung“ weg und machte den Sack zu einem Barsack, der ihm am anderen Tag von einer Bank in voller Höhe ausbezahlt wurde. Vierzehn Tage später lag die Sache weit schlimmer aus. Ausgerüstet wie ein Schwereindredner mit Stahlhämmer und Dreibein stellte er der gleichen Firma einen zweiten Besuch ab und versuchte, allerdings erfolglos, den Geldschrank „aufzutackern“. Und wieder zehn Tage später war er als der Einbrecher ermittelt und verhaftet. Jetzt folgte das Nachspiel vor dem Dresdener Schöffengericht, wo die Anklage auf Einsteigeldiebstahl, schwere Urkundenfälschung, Betrug und schweren Einbruchsdiebstahl lautete. Der Angeklagte war voll geständig. Im Falle des Diebstahls des Sacks und seiner folgenden Bewertung erfolgte Einstellung des Verfahrens auf Grund des Amnestiegesetzes. Für den verurteilten Geldschrankseinbruch verurteilte ihn das Gericht zu zwei Monaten Gefängnis, da die Tat zwei Tage nach dem Schluß des Amnestiegesetzes ausgeführt worden war.

Bettleroffensive gegen die Schweiz.

Bettleroffensive. — Schwarze Listen. — Extrabuss für Bettler. d. Appenzell. Zu lange hat sich der Ruf der Schweiz als glückliche Insel der Konjunktur gehalten, als daß die, die im Glend sind, jetzt noch zu der Ansicht zu bekehren wären, daß die Krise auch längst über diese glückliche Insel hereingebrochen ist. So ist die Schweiz je länger, je mehr das Schnulchziel der Fremden in den umliegenden Ländern geworden, und die Dinge sind allmählich soweit gediehen, daß die Schweizer Behörden ernste Maßnahmen zur Abwehr der Glendoffensive aus Deutschland, Österreich und Italien überlegen müssen.

Man macht sich von der Rasse der nach der Schweiz hineinkommenden Gauner und Bettler kaum einen Begriff; ganz bestimmt aber ist es für den Außenstehenden nicht möglich, sich ein Bild von der Organisation dieser Glendarmeen zu machen. Organisation? In der Tat: die Bemühungen der Behörden um die Bekämpfung dieser Invasion haben zur Aufdeckung der merkwaardigsten Tatsachen geführt. Da gibt es längs der Schweizerischen Grenzen regelrechte Bettlerdörfer, wo man für sein Bettelgastspiel in der Schweiz einmal Adressenlisten wohlhabender Schweizer Bürger, dann aber — was viel wichtiger ist — schwarze Listen solcher Schweizerischen Bürger kaufen kann, bei denen man sich unter keinen Umständen blicken lassen darf, also Adressen von Behördenvertretern, die mit der Bekämpfung des Bettelwesens befaßt sind, oder von Polizeibeamten etc. Es gibt auch noch gründlicher ausgearbeitete Instruktionenlisten, aus denen zu ersehen ist, wie man sich bei der jeweils aufzusuchenden Stelle zu verhalten hat, ob man irgendwelche politische oder religiöse Einstellung andeuten darf etc.

Es ist weiter festgestellt worden, daß Bettler sich in den Kantonshauptstädten und in der Bundeshauptstadt aus den gedruckten Steuerregistern die Adressen wohlhabender Bürger von einer gewissen Einkommensgrenze an herausgeschrieben und danach nicht nur ihre eigenen Klimageschichten eingerichtet, sondern ihre Listen dann auch noch für gutes Geld an die deutschen und österreichischen Bettlerdörfer verkauft haben. Diese Bettlerdörfer sind aus Vermittlungsstellen für fabrikmäßig hergestellte Bettelbriefe, sowie für flüssig verkaufte Scherenschnitte und Rindfleischkarten, mit deren Angebot der Bettler sich als angehenden Kunstgewerbler legitimiert. Und endlich der Glend des Ganzen: von einer solchen Bettlerdörfer aus hat der Inhaber des Lokals, in dem sie sich befindet, einen regelrechten Auswandererlehre nach Zürich organisiert, wofür er seine, von ihm zumeist noch mit falschen Pässen und Ausweisen versehenen Kunden für 8 Franken bringt. Das Geschäft scheint also zu lohnen, seitdem man es in dieser Weise organisiert hat. Niemand wird es den Schweizern verdenken, daß sie sich gegen die Invasion solcher Elemente nach Kräften verteidigen.

Die Ehrensnacht von Casas Viejas.

Aus der Praxis der spanischen Guardia Civil.

Madrid. Die revolutionären Ereignisse, zu denen es besonders im Osten und im Süden der spanischen Republik von neuem gekommen ist, zeichnen sich zum Teil durch eine außergewöhnliche Dramatik der Vorgänge aus. Aus der Fülle der lokalen Revolten in Katalonien und Andalusien wird vor allen anderen die Blut- und Brandtragödie von Casas Viejas, einer kleinen Gemeinde in der Nähe von Cadix, auf viele Jahre hinaus in Erinnerung bleiben. Der neue Versuch der anarchistisch-syndikalistischen Gruppen Spaniens, zur Herrschaft zu gelangen, wurde diesmal besonders stark von den ihnen sonst feindlichen Moskau-Anhängern unterstützt. Nicht mit Unrecht wird man wohl auch in jenem revolutionären Zentrum des Ostens erkennen haben, daß dies vermutlich auf geraume Zeit hinaus die letzte Gelegenheit sei, sich die Macht in der jungen Republik zu sichern. Hierbei hat man aber nicht mit der Energie und Schlagkraft der Guardia Civil gerechnet, die — ehemals das feste Bollwerk der Monarchie — heute der Kern der Ordnungstruppe im neuen Staatswesen ist. Diese „Bürgergarde“ (wenn man den spanischen Namen wörtlich überlegen will) ist im Gegensatz zu den Begriffen, die man im übrigen Europa mit diesem Ausdruck zu verbinden pflegt, die härteste und mit größter Schnelligkeit zu verwendende Waffe im Kampf gegen die Empörung.

In der Stadt Cadix selbst war der Aufruhr der Syndikalkisten bald niedergeschlagen. Doch aus der Flucht leitet sich besonders eine kleine Gruppe von revolutionären Führern den erbittertesten Widerstand, indem sie sich in der Dörfergemeinde Casas Viejas richtig wie in einem regulären Krieg verhalten. Einen Tag und eine Nacht lang dauerte der Kampf, in dem die vorzüglich, besonders mit Handgranaten, im Überflus bewaffneten Umstürzler zeitweise so stark überlegen waren, daß sich die Guardia Civil unter bedeutenden Verlusten aus ihren Stellungen zurückziehen mußte, um außerhalb der feindlichen Reichweite das Eintreffen neuer Verstärkungen abzuwarten. Erst nachdem die Mehrzahl der Häuser des kleinen Ortes durch Brand zerstört waren, konnten frische und ausgerüstete Sturmtruppen aus Cadix in die zerstörten Stellungen der Revolutionäre eindringen. In dem niedergebrannten Rathaus der Gemeinde fand man die 15 verhafteten Reichen der Gegend. Diese hatten den Brand selbst gelegt, als sie sich davon überzeugten, daß eine Rettung aus dieser Lage nicht mehr möglich sei. Und im fanatischen Glauben an die Wahrheit und Verwirklichung ihrer Ideale kämpften sie bis zum letzten Augenblick.

Der Fluch des Rauschgifts.

Der Einbruch eines Privatdetektivs gegen einen Strafbefehl, der am Sonnabend vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelt wurde, führte zur Aufklärung einer Familiendramatik, bei der sich der Fluch des Rauschgifts in furchtbare Weise gezeigt hat. Der Privatdetektiv Wagner hatte einen Strafbefehl über zwei Monate Gefängnis erhalten, weil er sich der Freiheitsberaubung schuldig gemacht haben sollte. Er hatte nämlich die Verhaftung einer Frau K. herbeigeführt, indem er einem Schuttmann sagte, diese Frau werde als Rauschgifthändlerin von der Kriminalpolizei gesucht. — In der Gerichtsverhandlung über den Einbruch des Detektivs wurde der Ehemann der Frau K. vernommen, ein höherer Postbeamter, der früher in Königsberg i. Pr. antierte und 1925 nach Berlin veretzt wurde. Bei seiner Vernehmung mußte er Frau und Tochter zunächst in Königsberg zurücklassen, weil er in Berlin noch keine passende Wohnung hatte. Die Frau beantwortete aber auch keine Briefe nicht und der beunruhigte Beamte erfuhr erst auf Nachfrage bei Königsberger Bekannten, daß seine Frau mit seiner Tochter und einem unbekannten Mann nach Amerika gefahren sei. Die Tochter war auf illegale Weise hinfibergeschmuggelt worden, denn für ihre Amerikareise hätte die Zustimmung des Vaters eingeholt werden müssen. Sechs Jahre später, 1931, kehrte die Frau nach Deutschland zurück. Der Ehemann merkte es daran, daß sie durch eine einseitige Verfügung Unterhaltsgelder von ihm präbden ließ. Durch seinen Einspruch gegen diese Verfügung erfuhr er, daß seine Frau mit der Tochter in Paris lebe. Er fuhr dorthin und fand in einem ganz verwahrlosten Haushalt die inzwischen achtzehn Jahre alt gewordene Tochter halb verblödet in furchtbarem Verfall. Sie war von der Mutter, die mit dem Unbekannten zusammen lebte, in ein Nebenzimmer eingesperrt worden. Dieser Unbekannte ist offenbar ein Rauschgifthändler und Rofain verfallen. Die drei waren von Amerika aus nicht mit einem Passagierdampfer zurückgekommen, sondern auf einem Frachtschiff, das man jetzt für einen Schmuggeldampfer hält.

Dem Vater gelang es auf dem Prozeßwege, die Tochter aus dem unheilvollen Milieu der Mutter zu befreien. Das Mädchen ist jetzt bei einer Verwandten untergebracht und wieder zu einem gesunden Menschenkind geworden. Die Frau wird von der Kaiserlichen Staatsanwaltschaft wegen Verdachts des Rauschgifthandels gesucht. Der Ehemann unterließ diese Nachforschungen durch Inanspruchnahme des Privatdetektivs Wagner, der Frau K. auch richtig in Berlin ermittelt hat.

Das Schöffengericht hob den Strafbefehl auf und sprach den Detektiv auf Kosten der Staatskasse frei. Der nächste Akt wird der Rauschgift-Prozeß gegen Frau K. und ihren geheimnisvollen Auftraggeber sein.

Amthcher Wintersport-Wetterdienst vom 18. Januar 1933.

Gochwald-Dubin: Temp.: -5, Schneehöhe 45 Zentimeter, geföhrt, Sport gut.	
Kauje (Waltersdorf): Temp.: -5, Schneehöhe 18 Zentimeter, geföhrt, Sport gut.	
Sohland-Sprez: Temp.: -6, Schneehöhe 12 Zentimeter, Pulverschnee, Sport gut.	
Gr. Winterberg (Schmilka): Temp.: -7, Schneehöhe 20 Zentimeter, bereit, Sport sehr gut.	
Geising-Bettinshöhe: Temp.: -7, Schneehöhe 5 Zentimeter, verhascht, Sport möglich.	
Altenberg: Temp.: -6, Schneehöhe 11 Zentimeter, bereit, Sport gut.	
Pinnaub-Georgenfeld: Temp.: -7, Schneehöhe 20 Zentimeter, geföhrt, Sport sehr gut.	
Rehefeld: Temp.: -10, Schneehöhe 18 Zentimeter, geföhrt, Sport gut.	
Niedelberg: Temp.: -10, Schneehöhe 31 Zentimeter, geföhrt, Sport sehr gut.	
Johanngeorgenstadt: Temp.: -7, Schneehöhe 20 Zentimeter, bereit, Sport sehr gut.	
Altenhof (Altenberg): Temp.: -10, Schneehöhe 24 Zentimeter, geföhrt, Sport sehr gut.	
Witterungsansichten: Keine wesentliche Veränderung.	

Reichswinterwetterdienst.

Schneefernerhaus (Inen): Temp.: -5, Schneehöhe 255 Zentimeter, Pulverschnee, Sport sehr gut.	
Mohrstein (Schwarzwald): Temp.: -6, Schneehöhe 15 Zentimeter, verhascht, Sport möglich.	
Wasserberg (Thür. Wald): Temp.: -7, Schneehöhe 11 Zentimeter, bereit, Sport gut.	
Weißfahrgabende (Schlef. Geb.): Temp.: -9, Schneehöhe 62 Zentimeter, Pulverschnee, Sport sehr gut.	
Schreiberhau: Temp.: -11, Schneehöhe 24 Zentimeter, Pulverschnee, Sport sehr gut.	

Amthch feingekochte Preise an der Produktenbörse zu Berlin.

Getreide und Cerealien pro 1000 kg, feinst pro 100 kg in Reichsmark	17. Januar	18. Januar
Weizen, märkischer,	185,00—187,00	184,00—186,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
per März	208,00—202,50	200,75—201,00
per Mai	205,50—204,50	202,75—203,00
Tendenz:	matt	matt
Wasser, märkischer,	151,00—153,00	150,00—152,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
per März	165,25—162,25	160,50—160,75
per Mai	165,25—164,00	162,75—163,00
Tendenz:	matt	matt
Gerste, Brauereigerste	165,00—175,00	165,00—175,00
Rutter- und Industrieerste	158,00—164,00	158,00—164,00
Wintererste,	—	—
Tendenz:	stll	matt
Hafer, märkischer	112,00—115,00	111,00—114,00
per Oktober	—	—
per Dezember	—	—
per März	122,50—123,25	121,00
per Mai	125,75—125,25	124,00—124,00
Tendenz:	ruhig	matt
Wais, rumänischer	—	—
Wais	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl ver 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad (feinste Marken über No. 1)	22,75—26,00	22,75—26,00
Woggenmehl ver 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad	19,50—21,50	19,50—21,50
Trockenmehl frei Berlin	8,75—9,00	8,75—9,00
Woggenmehl frei Berlin	8,70—9,00	8,70—9,00
Trockenmehl-Klasse	—	—
Raps	—	—
Leinsaat	20,00—23,00	20,00—23,00
Viktoriaerbsen	19,50—21,00	19,50—21,00
Kleine Sojabohnen	12,00—14,00	12,00—14,00
Ruterebsen	13,00—14,50	13,00—14,50
Felschbohnen	13,25—15,00	13,25—15,00
Widen	14,00—16,00	14,00—16,00
Lupinen, blaue	8,00—10,00	8,00—10,00
gelbe	11,50—12,75	11,50—12,75
Erbsen, neu	17,00—23,00	17,00—23,00
Rapskuchen, Basis 38%	—	—
Leinwand, Basis 37%	10,40	10,40
Trockenmehl	9,00	9,00
Soya-Extraktionskuchen, Basis 45%	—	—
Kartoffelstodfen	18,80	18,80
Speisefarbstoffe	—	—
Allgemeine Tendenz:	stll	stlöröder

Ohne Anregungen blieb das Geschäft am heutigen Berliner Produktenmarkt. Das Wehlgeläch ist weiter sehr schleppe, obwohl die Wäulen zu Preisrezessionen bereit sind. Der Export wird durch die schwierigen Schiffsahrtsverhältnisse im Zusammenhang mit dem scharfen Frost auch stark beeinträchtigt, vor allem erfolgen auch keine Käufe auf spätere Sicht, da eine Verlängerung der Exportmöglichkeiten nicht beabsichtigt sein soll. Das Inlandsangebot trat allgemein stärker in Erscheinung und die Gebote waren für Weizen und Woggen am Promptmarkt um etwa zwei Mark ermäßigt. Am Wieteregenmarkt ergaben sich Preisrückgänge in etwa gleichem Ausmaße, da die Staatliche Gesellschaft nur im Rahmen der letzten Zeit Material ausnahm. Für Weizen- und Woggenmehl besteht nur Nachfrage aus Letztem des notwendigen Bedarfs. Die Futtermittelmärkte wurden von der schwächeren Allgemeinendenz mehr oder weniger mitgezogen, jedoch waren die Preisverluste etwas geringer als für Brotgetreide.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten. Hierzu Nr. 3 der Beilage „Unsere Heimat“.

Niefer Standesamts-Nachrichten

auf die Zeit vom 1. bis mit 15. Januar 1933.
(Stadt Niefer, Gemeinden Wobersfelde, Forberge, Wella, Mergendorf, Pörsch und Poppitz.)

Geburten:

Ein Knabe: Dem Schlosser Gottfried Carl Walter, hier; dem Diplom-Ingenieur Doktor der Ingenieurwissenschaften Kurt Reinhard Gottfried Wolf in Gröddis bei Niefer; dem Wühlendirektor Hans Werner Friedrich Hermann Bundt, hier; dem Rangierarbeiter Franz Paul Dämmig in Poppitz bei Niefer; dem Klempnermeister Ernst Otto Kaiser, hier; dem kaufmännischen Angestellten Paul Georg Adner, hier. — Ein Mädchen: Dem Bankvollmachtigten Alfred Ernst Klunfer, hier; dem Bäcker Rudolf Walter Purkiser in Stauchitz bei Niefer; dem Eisenwerksarbeiter Oskar Hermann Lehmann, hier; dem Fleischbeschauer Franz Richard Weier in Poppitz bei Niefer. — Außerdem: Zwei uneheliche Geburten.

Aufgebote:

Der Eisenwerksarbeiter Gustav Otto Schölske, hier, mit dem Küchenmädchen Ida Marie Schröder, hier; der Arbeiter Hermann Otto Raubisch in Bahra, mit dem Hausmädchen Lina Johanna Davis, hier; der kaufmännische Angestellte Christian Wilhelm von Voh, hier, mit der Hilfula Hartmann, ohne Beruf, hier; der Kraftwagenführer Georg Kurt Jäger, hier, mit der Marie Frida Geis geb. Schürich, ohne Beruf, hier; der Friseurgehilfe Paul Herbert Kremer in Chemnitz, mit der Fräulein Wilma Gertrud Tischer, hier; der Arbeiter Otto Alfred Paul, hier, mit der Marie Martha Koch geb. Kubisch, ohne Beruf, hier.

Eheverlobungen:

Der Abteilungswärter Hermann Otto Dering, hier, mit der Lina Ella Bäger, ohne Beruf, hier; der landwirtschaftliche Arbeiter Max Walter Lademann in Ganzia, Amtsh. Döbitz, mit der Emma Frida Fröblich, ohne Beruf, hier; der Arbeiter Wilhelm Paul Vels in Pöhra bei Niefer, mit der Arbeiterin Flora Ella Böhm in Pöhra bei Niefer; der Elektromeister Erich Otto Boppitz, hier, mit der Gottfrieda Marie Käthe Stein, ohne Beruf, hier.

Sterbefälle:

Die Renteneinpfängerin Pauline Ernestine verw. Köber geb. Denker, 81 Jahre alt, hier; der Gendarmenregimentsmeister Alfred Walter Torn, 24 Jahre alt, hier; der Dolmetscher Friedrich Albert Koenigsmann, 35 Jahre alt, hier; der Buchhalter Carl Hanns Rensel, 45 Jahre alt, hier; die Arbeiterin Helene Emilie Bootmann geb. Fick, 34 Jahre alt, hier; Max Oswald Dieke, 3 Jahre alt, hier; die Renteneinpfängerin Emma verw. Weidell geb. Steiner, 78 Jahre alt, hier; der Bahnhofskonditor Andreas Anton Müller, 68 Jahre alt, hier; der Weichenwärter i. R. Gustav Bruno Weisig, 82 Jahre alt, hier; Selma Ida Christa Spenaler, 6 Jahre alt, hier; die Obermeisterin Anna Amalie Pauline Wesner geb. Tritsch, 61 Jahre alt, in Forberge bei Niefer; Elisabeth Ingrid Lademann, 4 Monate alt, hier; die Privatstreichfrau Emilie Lina Thalmann geb. Viebing, 62 Jahre alt, hier; der Renteneinpfänger Friedrich Wilhelm Weidert, 87 Jahre alt, hier; Elite Ulrike Hellwig, 1 Monat alt, hier; Werner Gerhard Dämmig, 1 Tag alt, in Poppitz; die Privatka Emilie Auguste verw. Kromat geb. Westphal, 74 Jahre alt, hier.

Bermischtes.

Der Bodenbacher Postträger verhaftet. Aus Bodenbach wird dem Teulonia-Sachdienste gemeldet: Verhaftet wurde in Kladow der ehemalige Postangestellte Hedrich Jeditz, der seinen Posten in Bodenbach — obwohl er zu den sogenannten „Verlässlichen“ zählte — wegen starker Kurzsichtigkeit verloren hatte. Jeditz zog aber mit seiner Würde nicht auch die Uniform aus, sondern begab sich in ihr zu einem Zuge, der an der Poststation des Bodenbacher Bahnhofes hielt. Dem mit dem Ausladen von Wertgegenständen beschäftigten reichsdeutschen Postbeamten gegenüber erklärte er sich, wie feinerseit berichtet, zur Übernahme eines Geldbades berechtigt und bekam ihn auch. Darin befanden sich 18.000 Kronen, mit denen sich Jeditz „auf die Wanderlust“ begab. Mit seiner Festnahme hat der damals großes Aufsehen erregende Postraub jetzt seine Aufklärung gefunden. Von dem Gelde belag Jeditz nur

nach 25 Kronen, alles andere hatte er in Nachtkaffees und Bars verjubelt.

Der Bierdedel ist eine Privaturlunde. In einer Gastwirtschaft in Erfurt machte sich ein Arbeiter den Spaß, von den auf seinem Bierdedel vom Keller markierten Strichen einige zu entfernen. Wegen Fälschung einer „Privaturlunde“ wurde er zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Arbeiter legte Berufung ein und berief sich darauf, daß er auf die Aufforderung des Kellerers sich mit der Bezahlung der richtigen Anzahl der getrunkenen Biere einverstanden erklärte. Aber auch die Berufungsinstanz vertrat die Auffassung, daß ein mit Strichen versehener Bierdedel als Privaturlunde im Sinne des Gesetzes anzusehen sei und wies die Berufung zurück.

Die erste Seetuch-Farm in Deutschland. Auf dem Rittergut Britzsch bei Schwerin a. d. Warthe ist eine Velutierfarm eingerichtet worden, die in ihrer Art die erste in Deutschland ist. Es werden in dieser Farm sibirische Wardenhunde gezüchtet, deren Fell als der teure „Seetuch“ in den Handel kommt. Dieser Tage sind 146 Wardenhunde wohlbehalten mit der Bahn eingetroffen. Sie stammen aus der Gegend von Madagaskar und sind etwa doppelt so groß wie die Hauskatze. Ihr Fell ist grau mit gelblichen Flecken, ihrem Aussehen nach sind sie ein Mittelglied zwischen Fuchs und Dachs.

Brunnenvergiftung durch einen Vogel. In dem märkischen Dorf Kriehitz fiel während der Abmeldezeit einer Familie ein toter Vogel in den Brunnen, ging in Verwesung über und vergiftete das Wasser. Als die Frau nach Tagen wieder Wasser zum Kaffeekochen aus dem Brunnen entnommen hat, erkrankte die ganze Familie an Vergiftungserscheinungen, die jedoch nicht lebensgefährlich sind.

Dundretene. Ein seltenes Beispiel von Treue bis zum Tode bewies der Führer eines Kriegsbüchlers aus Schönebeck-Ad. Salzmann in der Provinz Sachsen. Der Kriegsbüchler hatte den Hund, da er nicht in allen Fällen genügt, nach Berlin verkauft. Nach einem Monat wurde der Hund eines Morgens zusammengebrochen vor dem Hause des Kriegsbüchlers aufgefunden. Der treue Hund hatte seinen früheren Herrn von Berlin aus gesucht und war 32 Tage umherirrend unterwegs gewesen, bis er ihn wieder gefunden hatte. Das arme Tier bezahlte seine Treue mit dem Leben, denn es war so erschöpft, daß nichts weiter übrig blieb, als ihm eine Spritze zu geben, die es von weiteren Qualen erlöste.

Die Rettungsarbeiten am Eisbrecher „Malhain“. Drei norwegische Grubenarbeiter aus Longnearb-Spizbergen haben sich bei den Rettungsarbeiten am Eisbrecher „Malhain“ außerordentlich hervorgetan.

Sie sind nach einer sehr strapaziösen Tour von der Unglücksstelle nach Longnearb wieder zurückgekehrt und berichten, daß „Malhain“ 100 Meter vom Land liegt, aber außerordentlich schwer beschädigt sei. — Einmal hatte das Motorboot der Russen, erzählen die Norweger, sich in einer Eishölle festzufahren und tief voll Wasser. Gleichzeitig begann es im Maschinenraum des Motorbootes zu brennen. Das Boot trieb mit den Russen an Bord ab. Die Norweger hatten den Brand entdeckt, gingen über das Eis dem Boot nach und konnten es schließlich bergen. Ein anderes Mal wurden Rettungsboote mit mehreren Russen vom „Malhain“ im Sturmwetter abgetrieben. Auch diesmal gelang es den tollkühnen Norwegern wieder auf Eishüllen die Rettungsboote einzuholen. Die Russen haben ziemlich viele Waren vom „Malhain“ geborgen, aber ein großer Teil ist völlig zerstört, das Borddeck vom „Malhain“ unter Wasser steht. Der Schaden des Eisbrechers ist so groß, daß er, wenn es überhaupt gelingen sollte, ihn abzuschleppen, vorher abgedichtet werden müßte. Die Ueberführung der Waren vom „Malhain“ auf den Eisbrecher „Sedow“ geht mittels Rettungsbooten vor sich, die von dem Motorboot von Longnearb geschleppt wurden. Die Russen selber hatten ein einziges Boot. Das Motorboot der Russen ist jetzt völlig verloren und im Sturm abgetrieben. Personen waren nicht an Bord.

Ein Oberlehrer wegen Unterschlagung von 31000 Mark Spargeldern verhaftet. Außerordentlich Aufsehen erregt in Verreisen im Landkreise Weimar die Verhaftung des Oberlehrers Walter Michael, der als Kassierer der Raiffeisenbank etwa 31000 Mark Spargeldern unterschlagen hat. Der Oberlehrer, der das Kassieramt seit zwei Jahren nicht mehr inne hat, brachte es fertig, vom Konto eines Apoldaer Fabrikanten durch falsche Belege rund 31000 Mark abzuholen. Das Konto war nach diesen Abhebungen seit 1930 erschöpfen, so daß bei Revisionen kein Verdacht schöpft wurde. Als nun der Kontoinhaber von der Bank die Gutschrift der Binsen für 1932 verlangte, wurde der Schwindel aufgedeckt.

Kostflüge mit dem Seagullflugzeug? Der Leiter der Flugzeugwerkstätten der Ingenieurwerkstätten der Ingenieurschule Weimar, Robert Kronteld, will durch Einrichtung einer Seagull-Flugschule die Wirtschaftlichkeit, die Sicherheit und die Zuverlässigkeit des Seagullflugzeugs beweisen. Mit Unterstützung des österreichischen Postvereins wird Kronteld in der zweiten Januarhälfte einen Postflug von Wien nach dem Semmering veranstalten, der im Falle seiner Bewährung eine gewisse Regelmäßigkeit erlangen könnte. Kronteld will dieselben Versuche auch in Mitteldeutschland durchführen.

Rückständige Mieten müssen abgearbeitet werden. Auf eine nicht allfällige Weise läßt sich die Stadt Auerbach am Rhein für den Mietzins, der ihr aus den städtischen Häusern in erheblichen Mengen durch die Wohlfahrtsempfänger verloren gegangen ist, entschädigen. Die rückständigen Mietzahler müssen die Beträge in Gestalt von Landkultivierungsarbeiten und dergleichen abarbeiten.

Schredenszene in einem New Yorker Kino. Eine dramatische Szene des wirklichen Lebens, die an Spannung und Aufregung alle auf der Leinwand vorüberziehenden Bilder übertrifft, spielte sich, wie aus New York berichtet wird, an einem der letzten Abende in dem Zuschauerraum eines dortigen Kinos ab. Der Urheber des Schredens war ein Räuber namens Irving Genatt, der nach einem mißglückten Versuch, die Kasse des Filmtheaters auszulündern, sich in dem verfinsterten Orchesterraum zu verstecken suchte. Er war bei seinem Unternehmen auf den unerwarteten Widerstand des Theaterleiters John Judge gestoßen, der sich nicht von zwei auf ihn gerichteten Revolvern entmutigen ließ. Bei dem Gefecht, das sich nun entpant, feuerte Genatt aus großer Nähe, aber zum Glück verfehlte die Revolver. Der Bandit stürzte nun in den Zuschauerraum: als er sich hier verholzt sah, feuerte er zu wiederholten Malen. Unter der Zuschauermenge entfiel eine wilde Panik, Schreie wurden laut und man kämpfte verzweifelt um den Ausgang. Während all dieser Szenen ließ der Kino-Operateur den Film weiter abrollen. Inzwischen hatten einige der Zuschauer die Straße erreicht und die Polizei zu Hilfe gerufen. Der Täter wurde verhaftet, und er behauptet, daß er seit drei Jahren arbeitslos und deshalb zum Diebstahl gezwungen sei, um seine Familie zu erhalten. Später gestand er, daß er auch der Mörder einer anderen Theaterkassiererin sei: damals, es war im Wappstein-Theater, waren ihm rund 2000 Mark in die Hände gefallen.



Jetzt wird aufgeräumt

Nicht nur im Warenlager, durch den Inventurverkauf oder durch die Weiße Woche, auch mit veralteten Druckmaschinen und Preisliesen sollten Sie aufräumen und sich dafür neue, zweckmäßigere und dennoch billige von der Tageblatt-Druckerei beschaffen. Tun Sie es gleich, dann vergessen Sie es nicht!
Niefer, Goethestr. 50.

Das Große Los.
Roman von
Margarete Ankelmann.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Leutobert Fischer wollte auf Schloß Löwen, wo am Ostermontag die Hochzeit Theobalds und Lucies gefeiert werden sollte.

Es war am Ostersonabend, als ihm die Post einen Brief brachte, mit einer ausländischen Marke. Privatbriefe aus dem Ausland pflegte er nicht zu bekommen; verwundert sah er sich deshalb das Schreiben an, ehe er es öffnete.

Dann las er, was Magdalene Winter ihm schrieb. Das arme Mädchen schien hart bestraft zu sein für seinen Leichtsin. Und mit dem Großen Los war es wohl Effig. Jetzt mußte sie wieder arbeiten. Aber sie hatte Rückgrat, das kleine Ding. Arbeitete in einer Kalkzementfabrik! Na, er würde ihr natürlich helfen; bei ihm fand sie immer wieder einen Platz. Was wohl Theobald zu diesem Briefe sagen würde; er hatte sich doch neulich erst nach Magdalene Winter erkundigt!

Leutobert Fischer ging hinunter in die große Halle, in der Herr von Löwen, Theobald, Lucie und August Richter vergnügt beisammen saßen. Er reichte Theobald den Brief. Der las ihn, dann sprang er wie besessen in die Höhe.

„Gust, Gust! Da, lies! Du bist wirklich ein Glückszug!“

August Richter las, und seine Augen vergrößerten sich vor Schrecken und vor Freude. Einen Augenblick stand er jastungslos da, dann brach es aus ihm heraus:

„Mein Gott, das arme Kind! Sofort fahre ich hinunter nach Genua, sie zu holen. Was hat sie nur ausstehen müssen, die ganze Zeit! Wie leid sie mir tut.“

„Was fällt dir ein, August?! Und meine Hochzeit!“
„Ich denke, Theo, du wirst es selbst einsehen, daß ich keinen Augenblick mehr warten kann. Daß ich ihr sofort helfen muß.“

Leutobert Fischer hatte mit großen Augen allem zugehört. Was sollte das eigentlich heißen?

„Wollt ihr mir nicht einmal erzählen, was das alles heißen soll? Der eine redet von Glückszug, der andere von helfen und reifen... Und das alles wegen dieses kleinen Mädchens, das bei mir in Stellung war, und das sich leichtsinnig sein Glück verachtet hat? Vielleicht erfahre ich jetzt den Grund dieser dunklen Reden?“

Theobald erleuchtete, was sich zwischen August und Magdalene Winter zugetragen hatte.

„Und da wollen Sie jetzt gleich hinunterfahren und das kleine Fräulein holen, Gust?“ fragte Fischer den Freund seines Sohnes.

„Ja! Ich möchte sie so schnell als möglich erlösen. Sie hat genug Leid erlitten.“

„Ich möchte Ihnen einen Rat geben, Gust, als alter, erfahrener Mann. Ich kann es verstehen, daß es Sie nach Genua treibt. Aber — folgen Sie mir, bleiben Sie hier; lassen Sie Magdalene Winter ruhig zu mir ins Geschäft kommen, einige Tage bei mir arbeiten, ohne daß sie etwas von Ihnen hört. Es schadet ihr nichts, wenn sie eine Lehre mit auf den Weg bekommt, wenn sie den Kellch bis zur Reize leeren muß. Sie war sehr übermüht. Sie muß ein wenig gestraft werden. Das Erwachen wird dann um so schöner sein, und sie wird Ihre Liebe und Ihre Fürsorge um so besser zu schätzen wissen.“

Der Brief ist an mich gerichtet. Ich werde ihr schreiben, daß sie zu mir kommen kann. Ich werde ihr natürlich auch das Reisegeld schicken. Und Sie, Gust, versprechen mir, erst nach Leipzig zu kommen, wenn ich Sie rufe — nicht wahr?“

„Vielleicht haben Sie recht, Herr Fischer. Ich folge mich Ihrem Rat, wenn es mir auch noch so schwer fällt, das arme Mädchen allein zu lassen, nicht gleich zu mir zu holen. Aber — Sie lassen mich nicht zu lange warten — wollen Sie mir das versprechen?“

„Ich verspreche es Ihnen, Gust. Mir selbst liegt daran, Magdalene Winter zu helfen. Denn eigentlich habe ich Respekt vor dem Mädchen, daß sie den Kopf nicht verloren und den Kampf mit dem Leben aufgenommen hat, trotz aller Bitternisse, die ihr widerfahren sind. Sie werden sehen, Gust, daß Sie eine Prachtfrau an ihr bekommen werden.“

Seit einigen Tagen arbeitete Magdalene Winter wieder bei Leutobert Fischer, sah an ihrem alten Platz, vor der Schreibmaschine. Es war beinahe, als ob sie gar nicht weg gewesen wäre.

Nur daß sie stiller geworden war, daß sie nicht mehr mitmachte bei dem Gepolter der anderen Schreibmaschinen, daß sie still war und sehr blaß, und daß man ihrem Gesicht den Kummer ansah. Ganz durchsichtig und verhärtet sah sie aus, schaute traurig und teilnahmslos aus ihren großen Augen in die Welt.

Ihren Kollegen hatte sie mit kurzen Worten mitgeteilt, daß sie ihr ganzes Geld verloren habe. Sie hatte sie gebeten, noch nichts zu fragen. Später vielleicht würde sie ihnen alles erzählen. Jetzt könne sie nicht darüber sprechen.

Man respektierte ihren Wunsch und ließ sie ungestört. Nur Inge Heintz, die immer ein wenig vorlaut war, fragte Magdalene, ob sie wieder bei Mutter Hahn wohne. Magdalene verneinte.

Man erzählte ihr, daß Frau Hahn eine schöne Ach-Zimmer-Wohnung besitze und daß sie sechs dieser Zimmer sehr gut vermietet habe. Außerdem sei ihr Mittagstisch außerordentlich gut besetzt. Sie verdiene jetzt eine Menge Geld, und das verdanke sie niemand anders als Magdalene. Deshalb sei es nur recht und billig, wenn Magdalene jetzt dort wohne.

Magdalene hatte eine Scheu gehabt, sich bei Mutter Hahn zu melden. Sie wollte sie nicht an frühere Wohlthaten erinnern, wollte sich nichts von ihr schenken lassen und begahnen konnte sie den Preis nicht, den Frau Hahn heute fordern mußte. Also hatte sie sich ein kleines Zim-

Nr. 210
Nr. 17g

ung am
Nr. 59

1. 33
+ 18
- 32
- 23
- 10
- 60
- 88
- 96
- 57
- 223
- 168



Professor Werner Sombart,
der bekannte Nationalökonom, der als einer der hervorragenden Kenner und Darsteller der gegenwärtigen Wirtschaftsform gilt, vollendet am 19. Januar sein 70. Lebensjahr.

Bild daneben.
Wird er U.S.A.-Botschafter in Berlin?
Der Präsident der Car Foundary Company, William Woodin — der auch bereits über deutsche kulturelle und geschichtliche Fragen geschrieben hat — wird als Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin genannt.

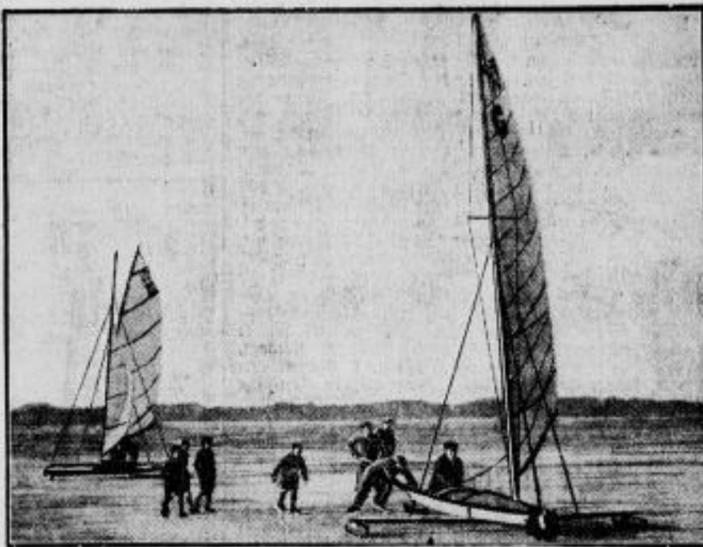
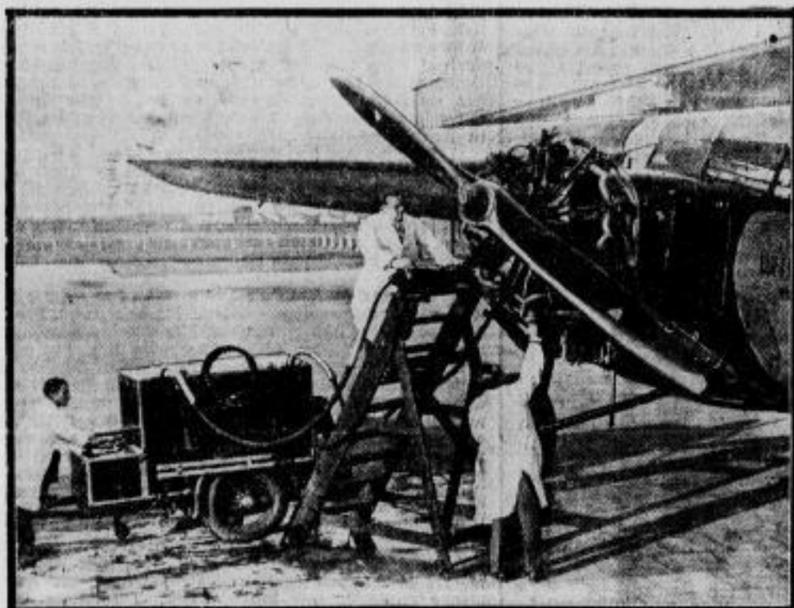
Bild unten.
Röntgenstrahlen im Dienste der Flugerei
Im Hamburger Flughafen der Deutschen Luftkassa hat man einen Röntgenapparat aufgestellt, mit dem von Zeit zu Zeit die Propeller, Motoren und Tragflächen der Flugmaschinen durchleuchtet werden, um so sonst für das Auge unsichtbare Schäden zu entdecken. Auf unierem Bild sieht man, wie ein Motor gerade mit dem fahrbaren Röntgenapparat untersucht wird.



Berlin im Winterkleid.
Der erste Schnee ist nun in der Reichshauptstadt gefallen, und das Bismarck-Denkmal vor dem Reichstog mit der Siegessäule im Hintergrund geben ein stimmungsvolles Motto.



Der Winter ist ein strenger Mann...
Unsere Aufnahme zeigt einen Fischerei-Zegler, der jetzt in den Hafen von Swinemünde einlekt; ein dicker Eispanzer hat sich um das Schiff gelegt, so daß man kaum noch die ursprünglichen Formen des Schiffes erkennt. Welch harte Arbeit für die Seeleute, die draußen auf hoher See bei solchem Wetter Dienst haben!



Die Eissegler beherrschen jetzt die Seen.
Der erste richtige Winter Sonntag hat alle angestorenen Seen mit den schnellen Eisseglern belebt, die mit ihren schnittigen Fahrzeugen über die spiegelglatten Flächen saufen.

gen genommen, in der Nähe des Büros, und hatte Frau Hahn nichts von ihrem Hiersein mitgeteilt.
Am nächsten Sonntagvormittag klopfte es an Magdalenes Tür. Frau Hahn trat auf ihren Ruf ins Zimmer.
„Lenchen! Was mußte ich hören? Sie sind hier und sind nicht zu mir gekommen? Warum haben Sie das getan? Wissen Sie nicht, daß Ihr Platz bei mir ist?“
Schluchzend saß Magdalene auf ihrem Stuhl, und die alte Mutter Hahn schluchzte vor Nührung mit. Dann erfuhr die gute Frau alles, was sich zugetragen hatte.
„Oh, diese Schlange! Aber ich habe ihr gleich mißtraut, das wissen Sie, Lenchen. Wenn Sie doch nur auf meine Warnung gehört hätten! Aber es hat jetzt keinen Sinn, Ihnen darüber Vorwürfe zu machen. Haben Sie denn irgend etwas von den Betrügnern gehört? Haben Sie bei der Polizei Anzeige erstattet, sie verfolgen lassen?“
„Nein, Mutter Hahn. Ich habe sie gar nicht angezeigt. Ich wollte keine Scherereien haben, und dann hätte ich Angst, selbst irgendwie mit in die Geschichte hineingezogen zu werden. Ich hatte doch keinerlei Papiere mehr und keine Ausweise. Sie hatten mir ja alles weggenommen. Und die beiden hatten schon einen viel zu großen Vorsprung, als ich alles merkte; man hätte sie ja doch nicht mehr erwischt. Da habe ich erst gar nicht mit der Verfolgung angefangen.“
So kam Magdalene wieder zu Mutter Hahn, hatte ein hübsches Zimmer, und die gute alte Frau gab sich alle Mühe, ihren Schlingling zu verwöhnen. Trotzdem wich die leise Wehmut nicht von Magdalenes Gesicht; sie lag des Nachts mit offenen Augen in ihrem Bett, weinte leise vor sich hin, bis der Schlaf sie übermannte. Ihr Glück, das hatte sie sich verscherzt, das würde nicht mehr kommen. Den Mann, den sie liebte, den hatte sie verloren.
Alles: das Geld, die schönen Kleider, den Schmuck, das hatte sie verwirren können, aber das andere, das war fast nicht zu ertragen.
Das, was sie unten in Genua für Heimweh gehalten hatte, das war nichts anderes gewesen als die Sehnsucht nach August Richter, nach dem verlorenen Glück. Denn jetzt war sie wieder in Deutschland. Und es war nicht anders als in der Fremde; sie war heimatlos und sehr unglücklich.

Es war schon ein wenig spät, als sie eines Abends aus dem Hause trat. Sie hatte viele Briefe zu schreiben gehabt, wollte nicht aufhören, ehe sie nicht alles erledigt hatte.
Müde und abgesspannt ging sie ihren Weg, die Augen kaum vom Boden erhebend.
Sie schrak zusammen, als jemand sie ansprach.
„Magdalene...“
Und sie erschrak noch mehr, als sie aufschaute und August Richter vor sich stehen sah. Sie wäre getaumelt, wenn der Mann sie nicht in seinen Armen aufgefangen hätte.
Wie eine Vision stieg es vor Magdalenes Augen auf.
Sie stand wieder auf dem Deck des großen Schiffes, im Abendkleid; vor ihr dieser Mann, der ihr liebe Worte sagte. Sie spürte den heißen Kuß auf ihrer Schulter, und dann sah sie ihn von sich gehen, weil sie ihn gekränkt und abgewiesen hatte.
Wie anders hätte sich ihr Leben gestaltet, wenn sie an jenem Abend ihren Hochmut beiseite gelassen, wenn sie ihr Herz hätte sprechen lassen!
Und jetzt stand er wieder vor ihr, hielt sie mit starken Armen, jetzt, wo es zu spät war, wo sie sich durch ihren Reichtum das Glück verschert hatte.
Sie fuhr in die Höhe, entwand sich den stützenden Armen.
„Herr Doktor...!“
„Sie sollen jetzt nichts reden, Fräulein Winter. Wenn es Ihnen recht ist, begleite ich Sie ein Stückchen. Dann wollen wir weiter sehen.“
Magdalene wunderte sich nicht einmal, daß er ihren Namen wußte. Es war alles so seltsam, daß er sie gefunden hatte, daß er vor ihr stand...
Langsam gingen sie durch den abendlichen Park.
„Sie sind gut zu mir, Herr Doktor!“ sagte jetzt Magdalene. „Und Sie wissen nicht, was sich seit Barcelona und heute ereignet hat.“
„Ich weiß alles, Fräulein Magdalene. Aber es kümmert mich nicht. Was sich nicht verändert hat, das ist meine Liebe zu Ihnen und der Wunsch, Ihnen zu helfen und Ihr Leben in eine sichere Bahn zu lenken. Daß vieles in Ihrem Leben nicht in Ordnung war, sah ich schon auf dem Schiff. Es hatte mich tief erschmerzt, daß Sie meine helfende Hand zurückstießen.“

Ich weiß heute, daß böse Einflüsse auf Sie gewirkt hatten, daß man versuchte, eine Abenteuerin aus Ihnen zu machen. Ich weiß aber auch, daß Sie nicht dazu geschaffen sind, sondern daß Sie nur der Führung bedürfen, um ins rechte Fahrwasser zu kommen.
Was ich nicht weiß, ist, ob Sie meine Liebe erwidern können — ob Sie mich ein ganz klein wenig gern haben, Magdalene...“
„Nicht! Sie dürfen nicht so zu mir sprechen, Herr Doktor! Ich bin nicht die, für die Sie mich halten. Ich bin arm, ganz arm...“
„Was hat das mit meiner Liebe zu tun, Magdalene? Ich liebe dich, und es ist mir gleich, ob du reich bist oder arm. Damals, auf dem Schiff, als mir mein Schicksal nicht gerade zart auf die Füße trat, wußte ich auch nicht, ob du reich warst oder arm; da wußte ich nur, daß es um mich geschah, daß ich dir vom ersten Augenblick an verfallen war und dich liebte.“
Und heute, nachdem ich mich monatelang um mein armes, zartes Lieb gesorgt hatte — heute ist meine Liebe riesengroß geworden. Es gibt heute nichts mehr für mich auf der Welt als dich, dich ganz allein. Gesucht habe ich dich, mit allen Fasern meines Herzens; überall habe ich dich gesucht...“
„Gesucht! Und ich habe nichts davon gewußt — war allein und verlassen!“
„Kind, du armes. Was hast du durchmachen müssen! Aber jetzt wird sich alles ändern. Doch ich weiß immer noch nicht, ob du mich überhaupt haben willst, ob du mich gern hast, Magdalene?“
Es war mittlerweile ganz dunkel geworden in dem einsamen Stadtpark. Jetzt blieben die beiden stehen, und im Schein einer halbhellen Lampe sah August Richter, daß Magdalenes Augen mit einem unfassbaren Ausdruck auf ihn gerichtet waren.
Leise zog er das Mädchen an sich.
„Ja, Gust, ich liebe dich, liebe dich so sehr. Ich habe dich damals schon geliebt — habe es aber erst gewußt, als du schon fort warst.“

Schluss folgt.

